

## Blitzbesuch in Kolumbien Carlos Menem gegen „jede Art von bewaffnetem Interventionismus“

Präsident Carlos Menem ist am Mittwoch bei einem sieben Stunden dauernden offiziellen Besuch in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá mit Amtskollegen Präsident Andrés Pastrana zusammengetroffen. Dabei äußerte sich der kolumbianische Staatschef ablehnend gegen jede Art fremder Einmischung bei der Beendigung des Bürgerkrieges in seinem Land und versicherte, „dass alle Anstrengungen der Erreichung des Friedens mit den Guerrillaorganisationen mittels Dialog und Verhandlungen“ gewidmet seien. Menem seinerseits unterstrich während seines Besuches mehrmals, dass er den zwischen Regierung und Guerrilla angelaufenen Friedensprozess unterstütze und sich „jeder Art von bewaffnetem Interventionismus“ in Kolumbien widersetzen werde.

Im Parlament, wo Menem mit einem Orden ausgezeichnet wurde und er sich danach bedanken wollte, kam es zu einem Zwischenfall, den Menem selbst im nachhinein herunterspielte. Der Senator Antonio Navarro Wolff, Ex-Guerrillero der demobilisierten Gruppe M-19 und sein Nachbar erhoben sich und zeigten ein Demonstrationsschild mit der Inschrift: „Ya Menem los invasores“, in dem der Namen Me-

nem als Synonym für vienen (=kommen) verwendet wurde. (Schon kommen die Eindringlinge). In der Pressekonferenz versicherte Menem, er habe den Zwischenfall überhaupt nicht bemerkt. „Aber“ wenn es so war, war es ein Akt der Intoleranz und des Mangels an Information, weil ich eine Intervention nicht unterstütze“, sagte Menem. Menem war in Begleitung von Aussenminister Guido Di Tella, Jorge Domínguez und Raúl Granillo Ocampo, Präsidialsekretär Alberto Kohan und General Martín Balza angereist.

Menem lobte den eingeleiteten Friedensprozess, übte andererseits aber Kritik an den bewaffneten Guerrilla-Organisationen: „Die Zukunft unseres Amerikas toleriert einen Wechsel mittels der Gewalt nicht mehr, der einen Rückfall in die Idealisierung einer längst nicht mehr existierenden Vergangenheit bedeutet und die sich von dem Weg zu der Rechtsgültigkeit der umfassenden Demokratie entfernt.“

Der Besuch klang mit der Unterzeichnung von fünf Abkommen über Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Erklärung aus. Am Abend flog der Präsident in die USA weiter, wo er an einem von der Zeitung „The Wall Street Journal“ veranstalteten Seminar teilnahm.

## Wahlen in Formosa und Neuquén Gildo Insfrán wiedergewählt / Sieg von Jorge Sobisch (MPN) im Süden

In zwei Provinzen sind am vergangenen Sonntag Gouverneure gewählt worden. Dabei errang der menemistische Gouverneur Gildo Insfrán gemeinsam mit seinem Formelpartner Floro Bogado in Formosa die Wiederwahl. In Neuquén gewann die Formel Jorge Sobisch/Jorge Sapag vom Movimiento Popular Neuquino mit 41,3 Prozent der Stimmen vor der Allianz mit 34,5 Prozent. Doch wurde der Sieg Insfráns in der nördlichen Provinz Formosa sowohl von der Allianz als auch vom duhaldistischen Sektor des Peronismus rechtlich in Frage gestellt. Gegner

beschuldigten Insfrán, die Provinzverfassung verletzt zu haben, um seine Wiederwahl zu erreichen.

In den frühen Morgenstunden des Montags, als gerade aus 40 Prozent der Wahllokale ein Zählergebnis vorlag, konnte der PJ bereits 72 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Die Allianz hingegen kam mit dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte bei 21.304 Stimmen auf gerade 25,4 Prozent. Dazwischen lagen auf Grund des in Formosa geltenden Gesetzes, dass jede Partei mehrere Stimmzettel verschiedener

Fraktionen (ley de lemas) anbieten kann, zwei weitere PJ-Formeln. Eine war die des Frente de la Unidad PJ mit 52,8 Prozent und die andere der Frente de la Victoria PJ mit 19,2 Prozent.

Im der südlichen Provinz Neuquén stand nach Auszählung der Stimmen aus 97 Prozent der Wahllokale fest, dass die Formel Jorge Sobisch/Jorge Sapag vom Movimiento Popular Neuquino (MPN) mit 41,3 Prozent gesiegt hatte. An zweiter Stelle postierte sich die Allianz (Oscar Massey/Rodolfo Quezada) mit 34,5 Prozent und erst an dritter Stelle konnte sich

der PJ mit 14,6 Prozent plazieren (Formel: Norma Miralles de Romero/Hugo Goncalvez). Mitternacht war kaum vorüber, als Oscar Massey von der Allianz bereits seine Niederlage anerkannte. Der Triumph des MPN bestätigte zwar die 40jährige Hegemonie der Partei in der Provinz, doch diesmal mit nicht unbedeutender Schwächung seiner Macht. Nie zuvor war ein MPN-Sieg so knapp ausgefallen, wie der jetzige gegenüber der Koalition aus Frepaso und UCR. Auch verlor der MPN erstmals das Rathaus der Hauptstadt Neuquén.

## In Ramallo schoss nur die Polizei Zeugenaussagen der Halcón-Polizisten als Bestätigung

Die Bankräuber von Ramallo haben nach Zeugenaussagen keinen Schuss abgegeben, bevor die Polizei mit der Beschießung des Fluchtautos begann. Dies geht aus den Zeugenaussagen der Polizisten der Sondereinheit Halcón (Falken) vom Dienstag und Mittwoch vor der Präfektur von San Nicolás und Richter Carlos Villafuerte Ruzo hervor. Wie aus Justizkreisen verlautete, versicherten die Polizisten, dass sie in der Lage gewesen wären, die Geiselnahme in der Bank „praktisch risikolos“ zu beenden. Übereinstimmend äußerten sie ihr Unbehagen darüber, dass sie keinen Einsatzbefehl bekommen hätten.

Die Sondereinheit Halcón ist eine Elitetruppe der bonaerenser Polizei, deren Mitglieder eine ähnliche Spezialausbildung wie die Kommandotruppen der meisten Streitkräfte in der ganzen Welt und gleicher Polizeieinheiten vieler Länder erfahren.

Während der 20 Stunden dauernden Besetzung der Filiale der Nationalbank im bonaerenser Villa Ramallo am 16. September hatte sich

die Sondereinheit gegenüber der Bank in vorderster Linie postiert. Nach dem Scheitern der Verhandlungen verließen die drei Räuber in den frühen Morgenstunden des 17. September mit drei Geiseln, dem Filialleiter, dessen Frau und einem Buchhalter, die Bank. Die Polizei eröffnete praktisch unmittelbar nach Verlassen des Gebäudes das Feuer auf die Flüchtenden. Dabei wurden der Filialleiter, ein Buchhalter sowie einer der Räuber getötet, die Frau des Filialleiters und ein Gangster wurden verletzt. Ein dritter Komplize wurde festgenommen und einige Stunden später in einem Kommissariat erhängt aufgefunden. Noch immer ist unklar ob es sich hierbei um Selbstmord handelte.

Das Vorgehen der Polizei entfachte erbitterte Diskussionen darüber, wer den Schießbefehl gegeben hatte. Obwohl Zeugen das Gegenteil versicherten, war zunächst von offizieller Seite verneint worden, dass die Polizei zuerst geschossen habe. Es hieß sogar, die Räuber im Auto hätten überhaupt nicht geschossen.

## Ferner liefern

Die Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober werden hauptsächlich von den beiden Kandidaten der Justizialisten, Eduardo Duhalde, und der Allianz, Fernando de la Rúa, ausgetragen, wobei Domingo Cavallo für seine Hauspartei Aktion für die Republik zwar als Aussenseiter, jedoch als Dritter im Bunde der Hauptkandidaten auftritt. Immerhin genießt er laut Umfragen knapp unter zehn Prozent der Wählerabsichten.

Dritte Kandidaten haben weder in Argentinien noch in den Vereinigten Staaten die geringsten Siegeschancen, mögen aber die Wahlen beeinflussen, indem sie Stimmen für einen der beiden Hauptkandidaten abzweigen und dadurch dem anderen zum Sieg verhelfen. So geschah es in den Vereinigten Staaten zwei Mal, als Richard Nixon für die Republikaner im Jahr 1969 siegte, weil die Demokraten durch Gouverneur Wallace von Alabama aufgespalten wurden, und im Jahr 1992, als Präsident Bush für die Republikaner gegen den Demokraten Bill Clinton verlor, weil Ross Perot republikanische Stimmen abzweigte. Ob die Präsenz Cavallos ebenfalls diese Wirkung haben wird und möglicherweise Gouverneur Duhalde schädigt, bleibt vorerst abzuwarten.

Neben diesen drei Hauptkandidaten haben sich sieben weitere Kandidaten-Formeln (Präsident und Vizepräsident) für die Wahlen vom 24. Oktober eingeschrieben. Sie werden freilich nur der Kategorie „ferner liefern“ zugeordnet, weil keiner von ihnen die geringste Chance hat, auch nur ein Prozent der Wählerstimmen zu sammeln. In den drei letzten Präsidentschaftswahlen von 1983, 1989 und 1995 gab es ebenfalls mehrere Kandidaten dieser Kategorie, einige von ihnen die gleichen, die sich jetzt vorstellen. Sie werden von unbekanntem Parteistempel aufgestellt, die mit der einzigen sozialchristlichen Ausnahme (Mussa) dem extrem linken Parteienspektrum angehören, wiewohl sie der Gewalt als politische Methode entsagen, die dem doktrinären Marxismus als Klassenkampfideologie innewohnt. Rechtsextremisten haben keine Kandidaten aufgestellt.

Für einen „Frente de la Resistencia“ präsentiert sich Jorge Reyna, für den „Partido Obrero“ Jorge Altamira, für den „Partido Humanista“, Lía Méndez, für den „Partido Socialista de los Trabajadores“ Alberto Montes, für „Izquierda Unida“ Patricia Walsh, für die „Alianza Socialista Cristiana“ Juan R. Mussa, und für den „Partido Socialista Auténtico“ Domingo Quarracino, Bruder des verstorbenen Kardinals. Die Zeitung „La Nación“ lud die sieben Kandidaten zu einem Rundtischgespräch ein, damit sie ihre Postulate vortragen, worüber ausführlich in der Ausgabe vom 26. September berichtet wurde.

Die Kandidaten verfügen über spärliche Mittel, die ihnen die Regierung kraft früherer Stimmen als Subvention zuschanzt, so dass sie kaum in der Lage sind, ihre Postulate einem breiten Publikum zu unterbreiten. Gelegentlich tauchen sie im Fernsehen auf und erregen bestenfalls Erstaunen über ihre längst überholten und keines-

falls machbaren Thesen. Ihr Diskurs erinnert an sozialpolitische Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre.

Es geht diesen Aussenseitern um die Abschaffung des sogenannten wirtschaftlichen Modells, wie es Reyna, Méndez und Quarracino ausdrücklich fordern. Ob das mit einer Abwertung einher gehen soll und welche Folgen sie daraus ableiten, verschweigen die Kandidaten föhlich. Immerhin plädiert Mussa für die Beibehaltung der Konvertibilität, während die anderen Kandidaten sich hierzu nicht äußern.

Das Schwergewicht der Postulate liegt entschieden im Erziehungssystem. Offenbar sprechen die Kandidaten für Universitätsstudenten, in welchem sozialen Spektrum ihre Vorstellungen sicherlich Anklang finden, kaum dass man sich vor Augen hält, was die Universitätspolitiker und -agitatoren stets postulieren, wenn Wahlen für die Fakultätsräte anfallen, in denen die Studenten Vertreter entsenden.

Das Bundesgesetz über die Erziehung, das den Pflichtunterricht bis zu zehn Schuljahren vorschreibt, wird deutlich von den Kandidaten abgelehnt, ohne dass sie mitteilen, welche Aspekte dieses Gesetzes ihnen missfallen. Die Lehrergehälter sind aufzubessern (\$ 700 im Monat laut Altamira) und das Universitätssetz ist ebenfalls zu erhöhen, was die Menem-Regierung freilich mit einer Verdoppelung längst vollzogen hat. Letzteres Postulat entspricht den Wünschen der Universitätsverwaltung und der Aktivisten unter den Studenten. Das Erziehungssystem soll laizistisch, staatlich und gebührenfrei sein (Walsh).

Die Arbeitslosigkeit ist zu bekämpfen (Montes, Altamira) und arbeitslose Familienoberhäupter sollen subventioniert werden (Walsh). Die Wirtschaft soll von der Auslandskonkurrenz geschützt werden (Méndez). Die Arbeitszeit soll auf sechs Stunden pro Tag gesenkt werden, bei gleichem Lohn, versteht sich (Méndez, Walsh).

All diese Postulate sollen mit der Kündigung der Auslandsschulen finanziert werden (Méndez, Walsh, Quarracino), als ob das ohne Folgen für die Wirtschaft wäre. Ferner sollen höhere Gewinnsteuern und niedrigere Konsumsteuern erlassen werden (Méndez, Mussa) und die Rentner sollen nicht weniger als drei Viertel des Familienwarenkorbts beziehen (Mussa). Der repressive Polizeiapparat ist abzubauen (Walsh), wogegen Mussa die Verdoppelung der Polizeigehälter empfiehlt und das Gehalt der Politiker auf \$ 600 im Monat beschränken will. All diese veralteten Postulate zeugen von einer Unkenntnis der Welt, in der Argentinien lebt, die längst den kalten Krieg hinter sich gebracht hat. Deshalb kommen die sieben Kandidaten der Gruppe „ferner liefern“ überhaupt nicht in der Öffentlichkeit an, die sich um echte Alternativen kümmert. Dass trotzdem sieben Kandidaten frei von der Leber weg sagen und verkünden, was ihnen gerade passt, ohne dass sie daran gehindert werden, stellt der argentinischen Demokratie sicherlich ein deutliches Reifezeugnis aus, das zu begrüßen ist.

## Duhalde will mehr Säuberung

Während der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde am Wochenende seinen Entschluss bekräftigte, die Neugestaltung der Provinzpolizei trotz des Rückschlags im Zusammenhang mit dem sogenannten „Massaker von Ramallo“ fortzusetzen, äußerte sein neuer Minister für Justiz und Sicherheit, Carlos Soria, eine andere Meinung. Soria zweifelte offen an der Effektivität der Polizeisäuberung, eine der Konsequenzen der während der Amtszeit von León Arslanian eingeleiteten Reform.

Duhalde versicherte im Rahmen von Erklärungen gegenüber einem Radiosender, er werde angesichts solcher Rückschläge in der Neugestaltung nicht aufgeben. Der Gouverneur fügte hinzu, wenn es tatsächlich nach dem Zwischenfall in Ramallo unzufriedene Polizisten gebe, sei der Moment gekommen, „die Reform unerbittlich fortzusetzen“. Auch Carlos Soria ließ sich mit einer unmissverständlichen Warnung an die Adresse der Ordnungshüter vernehmen: „Die

gesamte Spitze der Polizei sitzt mit Ausnahme jener, die sich ihren Berufspflichten stellen, auf einem angesägten Ast.“

Allerdings relativierte Soria selbst seine Worte durch Erklärungen gegenüber einer Zeitung in La Plata, in denen er sich der Polizei wesentlich versöhnlicher zeigte. Darin sagte er, es würden die Fälle von rund 5.000 Polizisten überprüft, die kürzlich suspendiert worden seien. Gleichzeitig aber ließ er eine kalte Dusche folgen, indem er erklärte, „es gibt immer noch regelrechte Verbrecher in der bonaerenser Polizei“.

Auch stellte Soria die rhetorische Frage, ob die Suspendierten wirklich alle so schlechte Personalakten hätten. „Ich bin der Ansicht, dass die wirklichen Gauner in der Polizei bleiben und wir die entlassen, die sich täglich den an sie herangetragenen Aufgaben stellen.“ Die Personalakten der suspendierten Polizisten würden daher eingehend geprüft.

# Oviedo im fernen Süden

Der Putschgeneral wurde am Donnerstag nach Tierra del Fuego geflogen

Nach Tagen der Spekulationen und der Ablehnung des Antrags von Präsident Carlos Menem, den Transport des paraguayischen Putschgenerals Lino Oviedo zu verschieben, ist der Exilant am Donnerstag nach Tierra del Fuego geflogen worden. Eine Maschine der argentinischen Luftwaffe vom Typ Fokker F-28 hob um 10.10 Uhr vom Militärflughafen in Palomar mit Ziel Ushuaia ab. Von dort wurde Oviedo im Auto auf die Estancia „Rivadavia“ gebracht. Mit an Bord waren sein Anwalt, Federico Pinto Kramer und Beamte der Bundespolizei. Die Verbannung in den fernen Süden ist für Oviedo eine politische Niederlage, hatte doch sein Freund Carlos Menem höchstpersönlich entschieden, ihn so weit wie möglich von Paraguay entfernt einzuquartieren. Kramer bezeichnete die Abschiebung nach Patagonien denn auch als „Zwangsurlaub“. Mit einem Asyl habe

dies nichts mehr gemein. Doch darf Oviedo seinen Aufenthaltsort „Rivadavia“ verlassen, um sich in Buenos Aires etwa ärztlich behandeln zu lassen. Der Aufenthalt in einer anderen Provinz ist dem Paraguayer jedoch nicht gestattet.

Nach einer Zwischenlandung in Comodoro Rivadavia war Oviedo am Donnerstag Nachmittag in Ushuaia eingetroffen, von wo er mit seiner Begleitung in die etwa 150 Kilometer entfernte „Rivadavia“ gefahren wurde. Oviedo stehen dort zwölf Zimmer und zwei Fahrzeuge und Personal zur Verfügung. Die Kosten für die argentinische Regierung belaufen sich auf monatlich 100.000 Pesos.

Die Präsidentschaftskandidaten des PJ, Eduardo Duhalde, und der Allianz, Fernando de la Rúa, erklärten bereits, dass sie nach einer Amtsübernahme Oviedo nicht länger in Argentinien dulden wollen.

## Duhalde verteidigt den Mercosur

„Konjunkturelle Probleme dürfen keine Risiken für den Wirtschaftsblock sein“

Die Reise Eduardo Duhaldes nach Brasilien war von seinen Wahlstrategen gut kalkuliert, die Resultate sprachen für sich. Der PJ-Präsidentschaftskandidat fand, was er gesucht hatte: Ein Foto, auf dem er sich lächelnd mit dem brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso umarmt.

Nach der Veranstaltung am Samstag der vergangenen Woche im River-Stadion, dem Wahltriumph des PJ in Formosa und dem Sieg seines Alliierten Jorge Sobisch in Neuquén, war das Treffen mit Cardoso ein weiterer Schritt in der Kampagne, die der bonaerenser Gouverneur mit Bedacht versucht, zu kapitalisieren.

Im Gegensatz zur vergangenen Woche zeigte Duhalde am Mon-

tag ein neues Image, das ihn heute sagen läßt: „Wir sind bereits Regierung.“ Er bemüht sich um die Presse und dies ohne das geringste Anzeichen von Unbehagen über die eine oder andere Frage. Allerdings gab es fast keine, weil der brasilianische Journalismus sich beharrlich auf ein Thema versteifte: Mercosur, ein Terrain, in dem sich Duhalde mit großer Sicherheit bewegt. Für den Kandidaten des PJ genügt es, die privilegierte Beziehung zu Brasilien zu verteidigen, etwas was in Argentinien nicht zur Debatte steht.

„Ein so bedeutendes Projekt wie der Mercosur darf durch konjunkturelle Probleme nicht gefährdet sein“, sagte Duhalde und fügte hinzu: „Wir stimmen darin überein, dass jetzt nicht der Moment ist, Fortschritte mit makroökonomischen Reformen zu machen“ und bezog sich dabei auf das Thema einer gemeinsamen Währung.

Duhalde sprach mit Cardoso jedoch nicht nur über den Mercosur. Im Rahmen des Gesprächs musste Duhalde zugeben, dass er wegen des Sicherheitsproblems in der Provinz Buenos Aires besorgt ist. Cardoso meinte, in Brasilien gebe es ähnliche Probleme. Tatsächlich aber hat Brasilien eine Gewaltgeschichte, die bisher in Argentinien nicht bekannt ist.

Cardoso interessierte sich auch für die Kampagne des bonaerenser Gouverneurs. „Ich liege gut im Rennen und glaube, dass ich gewinnen werde, auch wenn die Umfragen negative Resultate ergeben“, antwortete Duhalde.

Den Journalisten gegenüber zeigte sich der Kandidat angriffslustiger.

Bei der Pressekonferenz nach dem Treffen mit Cardoso versicherte Duhalde: „Meine eigenen Umfragen zeigen mir, dass ich in

der Provinz Buenos Aires und ebenso in Córdoba gewinnen werde.

Die Allianz hat alle Meinungsforschungsinstitute vertraglich

gebunden. Es ist nicht vorstellbar, dass in einem Land, in dem 80 Prozent der Provinzen in Händen einer Partei sind, eine andere Partei den Präsidenten stellt.“

### María Julias Anhörung

Umweltstaatssekretärin María Julia Alsogaray ist am Donnerstag von der Abgeordnetenkommission für Natürliche Ressourcen im Zusammenhang mit dem Skandal um den Präsidenten des Nationalen Wasserinstitutes (INA), Mario de Marco Naón, befragt worden. Die Frage nach ihrer Verantwortlichkeit beantwortete sie bei der dreistündigen Untersuchung jedoch ausweichend. Alsogaray argumentierte vielmehr, das Institut sei autark, obwohl es dem Umweltsekretariat unterstellt ist. Auch erklärte sie, nicht zu wissen, wer und wann Marco de Marco Naón eingestellt hat.

Unterstützung erfuhr Alsogaray durch einige PJ-Abgeordnete. Diese warfen der Opposition „niedrige Qualität“ der Fragen vor.

SE USA CADA  
VEZ QUE SE LAVA  
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

¡NUEVO!



GUNTHER BRAUN S.A.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida  
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

# Kandidaten gegen FMI-Forderungen

## De la Rúa: Ideen und Hypothesen / Duhalde: Zeit dieser Sparprogramme ist vorbei

Die Wirtschaft ist Dank dem Weltwährungsfonds neuerdings zum Wahlkampfthema geworden. Fernando de la Rúa hat zum Wochenende darauf hingewiesen, dass es „keine Einsparungen gegen die Sozialentwicklung geben kann“. Gleichzeitig relativierte der Präsidentschaftskandidat der Allianz die Forderungen dieser internationalen Kreditinstitution an die nächste Regierung und misst den Forderungen des FMI, die kurz nach der Eröffnung von dessen Jahrestagung in Washington bekannt wurden, keine große Bedeutung zu. De la Rúa kritisierte den FMI, nachdem sein Rivale Eduardo Duhalde dessen Rezepte rundweg ablehnte und verlangte neuerlich eine „Schenkung der Außenschuld“.

Im Rahmen einer Pressekonferenz in Bahía Blanca während einer Wahlkampfstation erklärte de la Rúa, die Forderungen des Fonds seien in Wahrheit Ideen und Hypothesen. „Es ist notwendig, mit dem FMI zu sprechen. Dies muss aber auf der Basis der Souveränität der Regierungen und der nationalen Würde geschehen. Es kann keine Ein-

sparungen auf Kosten der Sozialentwicklung geben, es gibt kein anhaltendes Wachstum ohne soziales Wachstum. Wir kommen aus einem phänomenalen, von dieser Regierung eingeführten Sparprogramm, die es ‚große Chirurgie ohne Anästhesie‘ nennt und das blutige Opfer vom Volke fordert“, sagte de la Rúa.

Sein Formelpartner Alvarez versicherte, sie (die Leute vom FMI) merkten nicht, dass am 24. Oktober eine neue Regierung kommen werde, deren Priorität „die Menschen“ sind.

Auslöser der Diskussion war das ‚Papier‘ des FMI, welches am Freitag der Vorwoche publik wurde und in dem neben anderen Rezepten als Überraschung eine neuerliche Forderung der Senkung der Entschädigungen für Entlassungen war. In Argentinien, so der Fonds, seien die Kosten für Entlassungen hoch. Die erste Reaktion kam am gleichen Tag noch von Eduardo Duhalde, der zu seinem harten Wirtschaftskurs zurückkehrte: „Die Zeit derartiger Sparprogramme ist endgültig vorbei.“

## DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

### Warnender Patti

Der Bürgermeister von Escobar und bonaerenser Gouverneurskandidat, Luis Patti, hat am Wochenende vor „Ideologen anderer Zeiten, die den jungen Leuten Hass einimpften“ gewarnt. Patti bezog sich allem Anschein nach auf einen „escrache“ (Provokationen von gewalttätigen Randgruppen), der bei der Eröffnung des 36. Nationalen Blumenfestes in Escobar vor der Gemeindeverwaltung stattfand. „Sie kommen, um die Geschichte zu wiederholen“, versicherte der Ex-Kommissar.

### Kabinettschef Terragno

Der Aspirant auf den Posten des Stadt-Kabinettschefs im Falle eines Sieges von Fernando de la Rúa bei den Präsidentschaftswahlen, Rodolfo Terragno, hat eine Analyse über die Geheimnisse des Nationalhaushaltes in Auftrag gegeben.

### Politikverständnis?

Im Rahmen der Kampagne für die Wahlen im Oktober hat der Präsidentschaftskandidat des Partido de Trabajadores por el Socialismo (PTS, Partei der Arbeiter für

den Sozialismus), José Alberto Montes, die Präsidentschaftskandidaten Eduardo Duhalde (PJ) und Fernando de la Rúa (Allianz) kritisiert. „Beide stellen zwei Fraktionen der Partei dar, die in Wirklichkeit die Geschicke der Nation seit der Epoche Videlas lenkt: die Partei des FMI und der großen Unternehmer. Das tatsächliche Programm der nächsten Regierung wird der FMI in Washington bestimmen und es wird mehr Sklaverei für die Arbeitnehmer bedeuten“, sagte Montes.

### Richterrat komplett

Die justizialistische Abgeordnete María Chaya aus Salta ist als neues Mitglied des Richterrates vereidigt worden. Der Rat verfügt nach Chayas Ernennung damit wieder über die vom Gesetz vorgeschriebene Anzahl von 20 Mitgliedern. Chaya tritt an die Stelle von Juan Carlos Maqueda, der ihm Juli die Abgeordnetenkammer und den Richterrat verließ, um unter de la Sota Bildungsminister in Córdoba zu werden.

### Missionskongress

Zum ersten Mal in der Geschichte der katholischen Kirche

findet in dieser Woche in Paraná ein sechs Tage dauernder amerikanischer Missionskongress statt. An dem Ereignis nehmen rund 3.000 Missionare und 300 Bischöfe aus 23 Ländern teil. Papst Johannes Paul II. hat eigens dazu Kardinal Josef Tonko, den Präfekten des Ordens für die Evangelisierung der Völker, als Sonderbotschafter nach Misiones entsandt.

### Alfonsíns Premiere

Raúl Alfonsín ist nach seinem Autounfall vor drei Monaten am vergangenen Samstag erstmals wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten. In Morón gratulierte der Politiker Monsignore Justo Laguna zu dessen 70. Geburtstag. Mit seiner Frau María Lorenza nahm Alfonsín in der Kathedrale an einer Messe zu Ehren von Laguna teil. Der Ex-Präsident nahm die Gelegenheit wahr, um dem Bischof seinen Dank für dessen Anteilnahme während seines Krankenhausaufenthaltes abzustatten.

### Mediengesetz geändert

Die Regierung änderte mittels eines Dringlichkeitsdekrets das Mediengesetz (Ley de Radiodifusión N° 22.285), das Radio- und Fernsehsendungen regelt. Ziel der Änderung, so heißt es in dem Dekret, ist „die Anpassung an die geänderten Bedingungen im wirtschaftlichen, sozialen und technischen Bereich“. Praktisch gesehen geht es um neue Kriterien für die Berechnung der Werbezeit und eine Vergrößerung der Zahl der Lizenzen, die eine Person haben kann.

### Informationsrecht

Die Asociación Periodistas (Journalistenvereinigung) hat

dem Präsidentschaftskandidaten der Allianz, Fernando de la Rúa, am Dienstag im Hotel Claridge ein Reformprojekt überreicht, das die Anpassung von Zivil- und Strafrecht an die Prinzipien der nationalen Verfassung und an die internationalen Verträge für Menschenrechte hinsichtlich des Rechtes auf Information vorsieht.

### LAPA-Unglück

Der Richter Gustavo Literas hat der Presse mitgeteilt, dass neun der 13 noch im gerichtsmedizinischen Institut befindlichen Todesopfer identifiziert werden konnten. Vier der Leichen seien noch nicht identifiziert. Bei dem Unglück vor fünf Wochen kamen 67 Personen ums Leben. Der Richter begann unterdessen mit dem Vernehmen von Zeugen und führte bei zwei LAPA-Büros Hausdurchsuchungen durch.

### De la Rúa ein Grüner?

Fernando de la Rúa hat am Dienstag das Thema Umwelt in seine Wahlkampagne eingeschlossen. Im Rahmen der Eröffnung eines Zentrums für Untersuchungen über die Umweltverschmutzung erklärte der Chef der Stadtregierung und Präsidentschaftskandidat der Allianz: „Die Verteidigung der Luft muss im Mittelpunkt der Bemühungen stehen, um eine bessere Lebensqualität zu erreichen.“

### Retter Corach

Innenminister Carlos Corach hat am Dienstag Hilfe für die Provinz Tucumán versprochen, damit dort die rückständigen Gehälter im öffentlichen Dienst bezahlt und die soziale Krise gelindert werden kann.



**SERVICIOS**  
DIGITALES

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - [servicios@multimedia.com.ar](mailto:servicios@multimedia.com.ar)

# Auf den Spuren der Kriegsverbrecher

## Zufolge CEANA-Bericht war Argentinien Asyl für 180 Naziflüchtlinge

In den chaotischen Tagen, die dem Ende von Hitlers Reich in Europa folgten, gelang es mindestens 180 Kriegsverbrechern Zuflucht in Argentinien zu finden. Ihre Einreise vollzog sich mit argentinischen Pässen oder solchen des Roten Kreuzes, sowie der Hilfe der Regierung von Juan Perón oder hochrangigen Mitgliedern der katholischen Kirche. Dies ist die Erkenntnis eines Berichtes der „Comisión para el Esclarecimiento de las Actividades del Nazismo en la Argentina“ (CEANA, Kommission für die Aufklärung der Aktivitäten des Nazismus in Argentinien), der Außenminister Guido Di Tella in New York überreicht wurde.

„Wir wollen unsere Geschichte nicht ändern und wir können es auch nicht“, erklärte der Außenminister am Freitag der vergangenen Woche, als ihm der Bericht übergeben wurde, der von argentinischen und nordamerikanischen Fachleuten, darunter dem Historiker Robert Potash, erarbeitet wurde.

Elan Steinberg, Direktor des Jüdischen Weltrates lobte den Bericht als ein moralisches Beispiel für viele Nationen. „Es ist ein sehr bedeutender Schritt und ein Beispiel für die Welt“, versicherte der Rabbiner Leon Klenicki, leitendes Mitglied der Antidiffamierungsliga, eine der weltweit bedeutendsten jüdischen Organisationen.

Die Untersuchung ergab, dass 1945 200 Kilogramm Gold (nach heutigem Stand 1.740.000 Dollar), die aus der kroatischen Zentralbank geraubt worden waren und die mutmaßlich aus dem Besitz der Opfer des Ustascha-Regimes stammten, nach Argentinien gelangten. Dieses Gold allerdings landete nicht in offiziellen Tresoren sondern „in der Matratze“ der Bonzen des faschistischen Systems, unter ihnen der berühmte Ante Pavelic. Gemäß Ignacio Klich, für die CEANA tätiger Historiker, versuchte Pavelic 1952 einen Teil der Beute zu verkaufen.

Beweisen konnte die CEANA laut Bericht nur die Transferierung von 70.000 Dollar in Nazigold, das 1946 in Argentinien eintraf. Diese wurden den Schweizer Behörden übergeben, die nach dem Krieg die deutschen Interessen in Argentinien vertraten.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass keinerlei Unterlagen

gefunden werden konnten, die beweisen, dass die Nazis Gold über die Bank von Portugal nach Argentinien transferierten. Ebenso wenig habe mit stichhaltigen Beweisen belegt werden können, dass 1950 25 Tonnen Gold nach Paraguay transferiert wurden. Diese Schlussfolgerungen entsprechen den Ergebnissen einer von der Eisenstat-Kommission des US-State Department angestellten Untersuchung.

Über die Anzahl der eingereisten Kriegsverbrecher schreibt der Bericht, dass deren Zahl nicht einige tausend betrug, wie allgemein angenommen wurde oder manche Verfasser von Romanen zum Thema unterstellten, sondern vielmehr etwa 180. Die Mehrzahl von ihnen seien nicht Deutsche sondern Kroaten gewesen, die an den Massakern von Serben, Juden, Zigeunern und anderen Minderheiten während des Ustascha-Regimes teilgenommen hatten. Ins Land seien seinerzeit auch Mitglieder des Pronaziregimes von Radislaw Ostrowski in Belorussland oder französische Kollaborateure gekommen.

Jedoch sei die Zahl von 180 Kriegsverbrechern nicht endgültig, es sei dies vielmehr die Zahl von Personen, deren Identität in Argentinien oder im Ausland mit Dokumenten bewiesen werden konnte. Viele der Beteiligung am Völkermord Verdächtige könnten aus Deutschland geflüchtet sein, bevor die Untersuchungen begannen und es wird befürchtet, dass es nicht wenigen geglückt ist, ihre Vergangenheit zu verbergen. Andererseits aber unterstreicht der Bericht der CEANA, dass man nicht selbstverständlich davon ausgehen könne, sie seien am Holocaust beteiligt gewesen.

Unter den Kriegsverbrechern, deren Identität zweifelsfrei feststeht, ist der Franzose Emile Dewoitine, Konstrukteur des ersten in Argentinien hergestellten Düsenflugzeuges, des Pulqui I. Frankreich, wo er zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, legte auf seine Auslieferung keinen Wert. Sie wurde nie beantragt, weil Dewoitine die französischen Exporte nach Argentinien förderte.

Im Gegensatz zu den kursierenden Mythen kommt die CEANA in einem von Potash verfassten Kapitel zu der Schlussfolgerung,

dass keiner der von Perón für seine ambitionierten Projekte in den Militärfabriken rekrutierten Wissenschaftler in die Kategorie „Kriegsverbrecher“ eingestuft werden kann. Allerdings waren einige von ihnen Mitglieder von Himmlers SS.

Unter der Schirmherrschaft von Perón und in der Casa Rosada wurde seinerzeit die Sociedad Argentina de Recepción de Europeos (SARE, Argentinische Gesellschaft für den Empfang von Europäern) geschaffen, die die Einwanderungsbehörde in dem Thema der Naziflüchtlinge beriet. Unter den Gründern waren ein belgischer Kriegsverbrecher und andere Personen mit düsterer Vergangenheit. „Dies erlaubte dann manchen Leuten, den damaligen Präsidenten für jeden Kriegsverbrecher verantwortlich zu machen, der mit dem Segen der SARE ins Land kam“, heißt es im Bericht.

Einige Ustascha-Bonzen seien mit der Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA oder von hochrangigen Repräsentanten der katholischen Kirche ins Land gekommen. Unter letzteren nennt der Bericht, gestützt auf offizielle Dokumente, den Pater Krunoslav Draganovic, den Staatssekretär im Vatikan, Giovanni Montini, und den französischen Kardinal Eugene Tisserant. Der CEANA-Bericht wirft außerdem die Möglichkeit

auf, dass der Pater Draganovic bei der Flucht von Ante Pavelic und seinem Stab unter Mitnahme der Goldbeute nach Argentinien mitgewirkt hat.

Für die Untersuchung griffen die Fachleute von der CEANA unter anderem auf die Archive der drei Teilstreitkräfte, des Innenministeriums, des Justizministeriums, der Bundespolizei und der Generaldirektion der Militärfabriken zurück. Im Ausland wurden persönliche Dokumente von Juan Atilio Bramuglia und Hipólito Jesús Paz, Diplomaten der Regierung Peróns, eingesehen, die sich in der Sammlung des Hoover-Instituts der Stanford-Universität befinden.

Auch wurden Papiere von Pierre Daye Adam durchgesehen, eines belgischen Kriegsverbrechers, der in Argentinien lebte, und solche von Bischof Alois Hudal, dem Rektor der deutschen Kollegs Santa Maria dell' Anima in Rom. Allerdings wiesen einige Archive, wie die der Luftwaffe, Lücken auf.

Die CEANA war von der argentinischen Regierung mit dem Ziel geschaffen worden, einen der widersprüchlichsten und dunkelsten Abschnitte der Geschichte des Landes aufzuhellen, der fünf Jahrzehnte lang Ausgangspunkt von Spekulationen, Mythen und Intrigen war.

## Randglossen

**Einst nahezu allmächtig mit über einer halben Million Mitglieder, darbt die Metallgewerkschaft unter Mitgliederschwund und gewaltigem Defizit ihres Sozialwerks. Lorenzo Miguel, der die Gewerkschaft seit drei Jahrzehnten führt, als er die Nachfolge des ermordeten Neoperonisten Vador antrat, forderte vom Arbeitsamt das Recht, wie eine Handelsgesellschaft im Konkurs Mitarbeiter entlassen und Gehälter kürzen zu dürfen. Das Sozialwerk der Gewerkschaft schreibt seit vielen Jahren rote Zahlen, weil immer mehr Mitglieder austreten, so dass die Dienstleistungen dieser Krankenkassen zugunsten der besser geführten Konkurrenz nachlassen. Ausgerechnet einem peronistischen Gewerkschafter musste es passieren, dass er wie ein bedrängter Unternehmer handeln muss, für dessen Nöte er jetzt sicherlich mehr Verständnis aufbringt als weiland zur Zeit gewalttätiger Streiks mit Erpressungen und Verprügelungen.**

Das Arbeitsamt reagierte sauer auf den Vorschlag Miguels. Die Gewerkschaft solle selber dafür sorgen, dass ihre Rechnung aufgehe, ohne das Arbeitsamt zu bemühen, meinten zuständige Beamte in „Clarín“. Die Gewerkschaft beschäftigt 359 Mitarbeiter mit guten Gehältern, die in den Metallunternehmen für die Gewerkschaftsinteressen sorgen, deren Gehälter Miguel durch eine Staatssubvention ersetzen will, damit sie die Gewerkschaftskasse entlasten. Diese Frechheit stößt verständlicherweise nicht auf Gegenliebe im Arbeitsamt, zumal das Sozialwerk auf die Auszahlung einer Subvention von 68 Millionen Pesos wartet, die die Regierung ihr als Entschädigung für angebliche Verluste während der Militärregierung zugestanden hat. Bei knapp 150.000 Mitgliedern kann die Gewerkschaft 410 Beamte, 224 Geschäftsführer und 135 Mitarbeiter nicht verkraften.

# Amtschef beauftragt eigene Firma

## Neuer Skandal im Umfeld der Staatssekretärin Mará Julia

Ein Amtschef des Umweltschutzsekretariats von María Julia Alsogaray hat sich offenbar selbst vertraglich für eine Dienstleistung ange stellt. Dies meldete der Fernsehsender „Telenoche“ unter der Woche. Auch soll Mario de Marco Naón, Amtschef im Instituto Nacional del Agua y el Ambiente (INA, Nationalinstitut für Wasser und Umwelt) sein Vermögen in den acht Jahren seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst erheblich vergrößert haben. Gegen Alsogaray wurde unterdessen am Dienstag Anzeige wegen Verletzung ihrer Kontrollpflichten erstattet. Auch wurde eine Interpellierung in der Abgeordnetenversammlung beantragt.

Telenoche investiga (Telenoche untersucht) strahlte am Dienstag den ersten Teil der Untersuchung aus, die Unregelmäßigkeiten in der Behörde Mará Julias aufzeigt, darunter Dienstleistungsverträge ohne vorhergehende Ausschreibung und Veruntreuung von öffentlichen Mitteln. Am Dienstag wurde unter anderem die erboste Reaktion der von einer Reise zurückkehrenden Staatssekretärin auf die Fragen eines Journalisten ausgestrahlt. Der TV-Reporter wollte eine Stellungnahme von Mará Julia erreichen, was ihm aber nicht gelang.

Gemäß der Untersuchung, die mit dem Titel „El país de Mará Julia“ (Das Land Mará Julias) in mehreren Teilen ausgestrahlt wird, schloss de Marco Naón einen Direktvertrag mit der Firma Transportes

y Servicios SA. in Lomas de Zamora für die Beförderung der Beamten des von ihm geführten Instituts. Abgesehen davon, dass der Vertrag ohne die gesetzlich vorgeschriebene Ausschreibung zustande kam, wurde in der Untersuchung bewiesen, dass der Inhaber der Firma Mario de Marco Naón selbst ist. Dessen Kommentar: „Ich bin nicht sicher, ob das meine Firma ist.“ Damit nicht genug weigerte sich der Funktionär, den Vertrag zwischen dem INA und Transportes y Servicios SA., bei dem es sich um einen Vertragswert in Höhe von jährlich 300.000 Dollar gehen soll, bekanntzugeben. Das Institut verfügt über einen Jahreshaushalt von 20 Millionen Dollar. Schon daher haben die Hinweise auf seinen beeindruckenden Vermögenszuwachs im Zusammenhang mit seiner Angabe, über ein monatliches Einkommen von 4.600 Pesos besondere Bedeutung. Entsprechend der Untersuchung von Telenoche besaß der heutige Institutschef einen nicht mehr ganz neuen Fiat 128 und lebte in einer Ein-Zimmer-Wohnung im Stadtteil Once.

Acht Jahre später ist de Marco Naón Besitzer zweier Wohnungen im Barrio Norte, von denen jede mindestens 500.000 Dollar kostet. Der alte Fiat wurde in einen Audi A6 mit einem Marktwert von 60.000 Dollar getauscht. Auch besitzt der Funktionär mehrere Konten in den USA sowie zwei Grundstücke in Cañuelas (Buenos Aires).

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Machinea in Washington

Zur diesjährigen Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington konzentrierte José Luis Machinea als wirtschaftspolitischer Sprecher der Allianz die Aufmerksamkeit der argentinischen Wirtschaftsproblematik. Machinea wurde von der Presse, den Beamten und den Bankiers behandelt, als ob er tatsächlich designierter Wirtschaftsminister der siegreichen Allianz wäre, was freilich vorerst nicht der Fall ist. Allianz-Kandidat Fernando de la Rúa beeilte sich, gleichzeitig der Öffentlichkeit zu bestätigen, dass keinerlei Kabinettsmitglieder ernannt worden seien, was erst im Fall des Wahlsieges nach dem 24. Oktober geschehen würde, wobei es möglicherweise Überraschungen geben könnte. Mit diesen Äusserungen wertete de la Rúa die Namen möglicher Kabinettsmitglieder deutlich ab, die dieser Tage herumgereicht werden.

Sollte Machinea tatsächlich, wie angenommen wird, das Wirtschaftsressort übernehmen, dann wird vorweggenommen, dass das Ressort öffentliche Bauten und öffentliche Dienste, das seit Anfang 1991 dem Wirtschaftsminister beigeordnet ist, wieder getrennt werden wird. Nicolás Gallo, enger Mitarbeiter de la Rúas, dürfte dieses Amt antreten.

Als Vizeminister Machineas wird sein Partner Pablo Gerchunoff gehandelt, der seinerzeit Be-

rater des Wirtschaftsminister Juan Vital Sourrouille war, als Machinea als dessen Unterstaatssekretär und nachher Präsident der Zentralbank wirkte. Für wirtschaftliche Programmierung soll Guillermo Rozenwurzel bereit stehen. Das Schatzamt soll dem derzeitigen Amtsträger in der Bundeshauptstadt, Eduardo Delle Ville, anvertraut werden, ein langjähriger Beamter im Schatzamt, der sich in den Geheimnissen des Haushalts bestens auskennt. Daniel Montamat, letzter YPF-Präsident unter Alfonsín, als die bescheidene Öffnung des Erdölbereichs eingeläutet wurde, soll Energiesekretär werden, wogegen Roberto Lavagna, damals Unterstaatssekretär, das Ressort Industrie, Handel und Bergbau betreuen soll. Eduardo Moore de la Serna, der damals in der Getreidejunta tätig war, wird für das Landwirtschaftsressort genannt. Das Staatssekretariat für Einnahmen, das inzwischen aufgelöst worden ist, soll wieder auferstehen und von Alfredo Fólica betreut werden. Daniel Marx, seinerzeit als Direktor der Zentralbank sachverständig für Auslandsverschuldung, soll die Nachfolge von Miguel Kiguel antreten, der ihm anfangs als Berater beistehen würde.

Ob dieses Wirtschaftskabinetts im Fall eines Allianz-Sieges oder ein anderes die Wirtschaftspolitik leiten wird, bleibt abzuwarten.

Vorerst muss man mit José Luis Machinea als autorisiertem Sprecher wirtschaftspolitischer Vorstellungen der Allianz vorlieb nehmen, weil sonst niemand für die Allianz spricht.

In Washington verhandelte Machinea mit dem Währungsfonds und dem US-Schatzamt sowie mit massgebenden Bankiers und Financiers, die ihn allesamt freundlich behandelten und ihm bescheinigten, dass Argentinien weiterhin Kredit geniessen wird. Machinea benutzte die Gelegenheit, um die Allianz-Gegner Duhalde und Cavallo der Doppelzügigkeit zu bezichtigen, weil sie noch vor wenigen Wochen ihre wirtschaftspolitischen Vertreter Jorge Remes Lenicov bzw. Adolfo Sturzenegger nach New York mit ihm selber entsandt hätten, um Einigkeit in grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik, darunter auch normale Beziehungen zum Währungsfonds, zu bescheinigen, wogegen sie jetzt in ihren Wahlfeldzügen gegen den Fonds aufträten, was Machinea freilich unterlässt. Dass Duhalde ihn kritisiert, weil er mit Wirtschaftsminister Roque Fernández gleichzieht, gereichte ihm zum Vorteil in seinen Washingtoner Gesprächen.

Zu den Sachfragen der Wirtschaftspolitik präzisierete Machinea, dass die Allianz das jetzige dreijährige Beistandsabkommen (EFF „Extended Fund Faci-

lity“), das bereits zwei Jahre läuft, kündige werde, anstatt einen Dispens („waiver“) zu fordern, weil angemessenerweise das vereinbarte Defizit von \$ 5,1 Mrd. gegen Jahresende bis \$ 5,5 oder \$ 5,7 Mrd. überzogen werden dürfte. Die Allianz werde ein neues dreijähriges Beistandsabkommen bis 2003 vereinbaren, das Ziehungen von etwa US\$ 3 Mrd. ermöglichen würde. Wie die Allianz zu einem möglichen Ziehungsrecht bis US\$ 10 Mrd. im Rahmen der neuen Fazilität, genannt CCL („Contingent Credit Line“) steht, klärte Machinea nicht auf. Die Fazilität soll nur in Extremfällen gezogen werden, falls die Kapitalmärkte sich verriegeln. Steht die Fazilität freilich zur Verfügung, dann dürfte die jeweilige Wirtschaftsführung mit ihr jonglieren, um niedrigere Zinssätze durchzusetzen, ansonsten die billigere Fazilität angezapft werden würde.

Machinea bestätigte, dass der Haushalt 2000 mit einem fühlbar geringeren Defizit als 1999 geplant werden soll. Dabei war die Rede von \$ 4,0 Mrd. bis sogar \$ 5,0 Mrd. geringerem Defizit im Vergleich zur jetzigen Hochrechnung für 2000, die bei \$ 9,0 Mrd. liegt. Machinea nannte eine Ausgabensenkung von \$ 1,0 Mrd., so dass die Differenz durch höhere Einnahmen entstehen müsste.

Im Gegensatz zu Minister Fernández, der die geplante Senkung der Arbeitgeberbeiträge um

4% im Dezember 1999 nachvollziehen will, weigert sich Machinea, diese Verbilligung der Arbeitskosten zuzugestehen. Es geht dabei um etwa \$ 900 Mio. im Jahr, sicherlich keine Kleinigkeit in einem horrend hohen Defizit. Hinzu kommen die Vorstellungen Machineas über die längst fällige Reform des Arbeitsrechtes. Hierzu klärte er auf, dass die Probezeit von 30 auf 180 Tage verlängert werden soll, ebenso wie Arbeitsverträge auf Zeit bis zu einem Jahr ohne Entlassungsschädigung nach Ablauf zugelassen werden sollen, wie es auch mit der Probezeit geschieht. In dessen sollen die Sozialbeiträge jeweils entrichtet werden.

Machinea erwähnte in Washington den Vorschlag nicht, den sein Kollege Adalberto Rodríguez Giavarini, der Finanzsekretär de la Rúa in der Bundeshauptstadt war und das Defizit der autonomen Regierung ausmerzen konnte, dieser Tage vorzutragen. Gemeint ist die Abschaffung der Höchstgrenze bei Gehältern von \$ 4.800 Pesos im Monat für die Sozialbeiträge. Laut Rodríguez Giavarini dürfen Mehreinnahmen von \$ 850 Mio. im Jahr erwartet werden, wenn hohe Gehälter mit Sozialbeiträgen besteuert werden. Das verteuert allerdings die Gestehungskosten zahlloser Unternehmen und erhöht das Zwangssparen bei Einbehaltung von 11% zwecks Einzahlung in die privaten Rentenkassen. De la Rúa hatte diese Initiative schon vor vielen Monaten erwähnt.

Ansonsten ist keine Änderung der Entlassungsschädigung vorgesehen, die die Arbeitskosten verteuert und zahllose Arbeitgeber dazu verleitet, möglichst wenige Mitarbeiter einzustellen und lieber gegebenenfalls Überstunden arbeiten zu lassen. Auch die sogenannte Ultraaktivität der immer noch gültigen Arbeitsverträge der siebziger Jahre, die damals mit Gewalt erpresst worden waren, wurde von Machinea nicht erwähnt, wohl aber die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen auf Unternehmerebene, so dass die Gewerkschaften weitgehend ausgeschaltet werden. Hierfür bedarf es Gesetze, die in diesen Fragen bisher stets im Kongress gescheitert sind, wo die Gewerkschaften nach wie vor ein ungeschriebenes Vetorecht besitzen.

Die Dollarisierung, die die Menem-Regierung in Verhand-

lungen mit dem US-Schatzamt und des Federal Reserve Board vorantreibt, wird laut Machinea fallen gelassen werden. Edwin Truman, der im US-Schatzamt Lateinamerika betreut, sagte Machinea in einem Gespräch, dass die US-Regierung kein Interesse an einem Währungsabkommen mit Argentinien zwecks Dollarisierung habe. Es geht dabei um die Entschädigung für das argentinische Schatzamt, wenn die Zentralbank kraft Dollarisierung ihre Reserven in US-Bonds auflösen muss, um die Pesos-Geldscheine mit Dollar-Geldscheinen einzulösen, so dass die Zinserträge entfallen, die das Schatzamt abzieht.

Die leidigen Finanzen der defizitären Provinzen, allen voran die Provinz Buenos Aires mit einem angenehmen Fehlbetrag von \$ 1,8 Mrd. in diesem Jahr, sollen laut Machinea durch einen Brady-Plan angegangen werden. Die Provinzregierung lehnt diese Defizitbezeichnung in bezahlten Anzeigen ab, in denen nur die Rede von sogenannten Nettofinanzierungen im Betrag von \$ 970 Mio. bis August ist, als ob letztere kein Defizit decken würden. Die Provinz ist freilich anders als andere defizitäre Gliedstaaten kaum verschuldet, so dass sie mühelos Geld für Investitionen aufnehmen kann. Der Währungsfonds bedrängt die argentinische Regierung pausenlos, damit sie die defizitären Provinzen zur Sanierung überzeuge. Möglicherweise werden künftig die Staatsfinanzen wie in Brasilien konsolidiert vorgestellt werden, indem die Nation und die 24 Gliedstaaten gesamthaft erfasst werden. Dann würden die Defizite in mehreren Provinzen deutlich zum Vorschein kommen, damit konkrete Massnahmen ergriffen werden.

Machinea lehnte in Washington den Regierungsvorschlag der Umgestaltung der Beteiligungssteuern ab, der mit der Abschaffung der Bruttoumsatz- und Stempelsteuern und deren Ersetzung durch eine zusätzliche Mehrwertsteuer von etwa 5% einher geht. Wie sich die Allianz die neuen Beteiligungssteuern vorstellt, verschwieg Machinea. Diesbezüglich sei daran erinnert, dass die meisten Gouverneure der justizialistischen Partei angehören. Die Gouverneure üben direkten Einfluss auf die Steuergesetzgebung im Kongress aus.

Über die zahllosen Freigrenzen der Mehrwert- und Gewinnsteuer, deren Abschaffung das Wirtschaftskabinet predigt, äusserte sich Machinea nicht eindeutig. Wohl aber versprach er, den halben Monatsgehalt vom Jahresende („aguinaldo“) pünktlich, d.h. im Dezember, bezahlen zu wollen. Der Usus der letzten Jahre besagt, dass dieses Zusatzgehalt ab Ende Dezember sukzes-

sive bis Mitte Januar zur Auszahlung gelangt, weil die Staatskasse stets zu kurz war. Sicherlich wird das Thema Steuern, Freigrenzen und Ausgaben Gegenstand heftiger Debatten in der Deputiertenkammer nach den Wahlen sowie insbesondere nach dem Amtsantritt vom 10. Dezember sein, da der Haushalt zwanzig Tage danach verabschiedet werden muss.

## Silvani über Fortschritte beim Zollamt

Die Wirtschaftszeitung „El Cronista“ veröffentlicht in ihrer Dienstausgabe ein Interview mit dem Generaldirektor des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), Carlos Silvani, über die Fortschritte beim Zollamt, die angeblich gewaltig sind. Das Zollamt funktionierte zur Zeit von Minister Cavallo mangelhaft. Damals kam der Begriff des „Parallelzollamtes“ auf, weil es einen hohen Schmuggel gab. Dieser wurde allerdings von Richter Guillermo Tiscornia stark übertrieben, was Cavallo dann richtigstellte. Aber auf alle Fälle gab es Container, die in private Zolllager überführt wurden und dann verschwand, oder auf dem Weg geleert wurden, und es bestand auch eine hohe Unterfakturierung bei Importen. Das wurde unter Minister Roque Fernández weitgehend korrigiert, einmal durch die Einführung einer privaten Kontrolle („control de preembarque“) für bestimmte Waren, und dann durch den Ausbau des Informatiksystems, das mit dem Namen „María“ getauft wurde. Silvani fasst den Fortschritt darin zusammen, dass es früher 116.000 Importeure gab, während es heute nur noch 13.400 sind. Das bedeutet, dass allerlei Scheinimporteure, die eigentlich Schmuggler waren, nicht mehr tätig sind. Silvani führt dies u.a. auf die Vereinigung von Steueramt und Zollamt in der AFIP zurück, was eine gründliche Prüfung der Importeure gestattet.

Laut Silvani registriert das Informatiksystem SIM („Sistema informático María“) 2,5 Mio. Zollabfertigungen jährlich. Das System, das früher von den Zollabfertigern („despachantes“) betrieben wurde, wurde von der AFIP direkt übernommen und auf das ganze Land ausgedehnt. Das System kontrolliert jetzt auch die Zollfreizonen, die privaten Zolllager und die Überführung von

Waren vom Hafen in diese Lagerstätten. Ausserdem erlaubt das SIM den Zugang zur Information über die Importe der letzten 6 Monate und auch der verschifften Waren über Internet. Das erlaubt eine direkte Kontrolle durch alle, die von Importen betroffen sind, sei es Importeure oder Industrieunternehmer. Silvani weist auf das Ziel hin, dass die Zollabfertigung informatisch und ohne Papiere geschieht. Von 15 Papieren sei man schon bei 3 angelangt. Bei der informatischen Abfertigung werden auch Fälschungen vermieden. Schliesslich wird das Verfahren dadurch „entpersonalisiert“, d.h. es gibt weniger Kontakt zwischen dem Importeur und dem Zollabfertiger, auf der einen Seite, und den Zollbeamten auf der anderen. Das schafft auch bestimmte Korruptionsfälle ab, da der Beamte das Verfahren eben nicht beschleunigen oder verlangsamten kann, noch die Angaben ändern kann.

Der Zollverwalter Osmar de Virgilio erklärte auch, wie der dunkelviolette Kanal („canal morado“) funktioniert. Früher gab es nur einen grünen Kanal, bei dem es keine Kontrolle der Ware gab, und einen roten, mit eingehender Kontrolle. Das Informatiksystem löste die Importeure aus, so dass der Zufall bestimmte, ob die Waren eingehend geprüft wurden oder nicht. Dann wurde noch ein orangefarbener Kanal geschaffen, für Teilkontrollen. Der neue dunkelviolette Kanal bezieht sich auf Waren, bei denen der vom Importeur angegebene Wert unter dem Richtwert liegt, den das SIM angibt. Das System gibt dies automatisch an, so dass dann eine besondere Prüfung des Falles stattfindet.

Silvani erwähnte beiläufig die Verringerung der Frist für die Lagerung von Waren in privaten Zolllagern auf nur einen Monat als einen Fortschritt. Das stimmt

indessen nicht. Auch wenn die Ware drei Monate gelagert wird, wie es früher der Fall war, bleibt sie im privaten Depot, wo der Privatunternehmer, der es betreibt, für Verluste verantwortlich ist. Die Container dürfen ohnehin nur in Anwesenheit des Zollbeamten geöffnet und zwecks Ablieferung an den Binnenmarkt verzollt werden. In der Praxis geht jetzt die Importware weitgehend in die Zollfreiezone von La Plata, wo sie laut Gesetz 5 Jahre bleiben darf, was ein besonders gutes Kontrollsystem erfordert. Dies stellt deutlich einen Fall von unlauterem Wettbewerb dar. Für viele Importeure stellt die Kürzung der Lagerungsfrist in privaten Zolllagern ein Komplikation dar, die völlig unnötig ist, da sie die Kontrolle keineswegs verbessert.

Wenn das Zollamt besser funktioniert, so ist dies indessen nicht nur auf den Fortschritt des Informatiksystems zurückzuführen (das immer noch Mängel aufweist), sondern besonders auf die Einführung der privaten Kontrolle, die sechs Unternehmen durchführen, von denen der Importeur jeweils eines wählt. Eine zweite Kontrolle wird dann von einer anderen Kontrollfirma durchgeführt. Seit dieses System besteht, sind die von den Importeuren angegebenen Werte spürbar erhöht worden, so dass sich 1998 Mehreinnahmen von über US\$ 300 Mio. ergeben haben, wobei das System knapp über US\$ 50 Mio. gekostet hat. Silvani betrachtet diese private Kontrolle als vorübergehend. Er ist der Meinung, dass es dazu dient, eine Datenbank zu schaffen, mit der dann das Zollamt die Arbeit selber verrichten kann. Das ist ein schwerer Irrtum. Denn, einmal schwanken die Preise ständig, wobei die Preisunterschiede für unterschiedliche Qualitäten hoch zu sein pflegen und einer oft komplizierten Kontrolle bedürfen.

Und dann sind die Zollkontrollen eben unzuverlässig. Ein privates Kontrollunternehmen kann einen Beamten, den es als korrupt verdächtigt, sofort entlassen; der Staat muss die Korruption beweisen, wobei Indizien hier nicht als Beweis gelten. Der Fall der zwei Steuerinspektoren, die sogar gefilmt worden waren, als sie das Schmiergeld empfangen, wobei dies vom zuständigen Richter dann nicht als Beweis anerkannt wurde, spricht Bände.

Diese Inspektoren erhielten somit einen Freibrief, um weiter zu stehlen.

Die private Kontrolle sollte auf mehr Warengattungen ausgedehnt werden. In manchen Fällen, wie bei Textilien, haben die Kammern diese Kontrolle gefordert. Merkwürdigerweise hat sich der Industrieverband „Unión Industrial Argentina“ nicht über den Fall ausgesprochen, wo doch die Unterfakturierung die Wirkung des Zollsatzes entschärft und die lokale Industrie in vielen Fällen einer härteren Konkurrenz durch Importwaren ausgesetzt. Ursprünglich sollte das System

## Die letzte Etappe des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INDeR

Im Oktober 1996 hat Präsident Carlos Menem anlässlich des Empfanges zum Tag der Versicherung (den 20. Oktober) feierlich die endgültige Liquidierung des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INDeR versprochen, was die Zahlung der Schulden an die Versicherungsanstalten mit sich bringt. Schon Anfang 1992 war die Liquidierung des INDeR verfügt worden, das sich seit Jahren im Zustand der Zahlungsunfähigkeit befand. Damals wurde auch eine Sondersteuer auf die Versicherungsprämien eingeführt, um die Liquidierung zu finanzieren. In der Praxis ging die Liquidierung nur schleppend voran, wobei das INDeR die Forderungen der Versicherungsanstalten immer wieder beanstandete und nur in einzelnen Fällen zahlte, die suspekt sind.

Jetzt hat Menem noch kurz vor seinem Abgang durch Dekret 1061/99 genaue Bestimmungen für die endgültige Liquidierung des Institutes erlassen, mit der Absicht, dass im Oktober die Zahlungen erfolgen und danach das Personal entlassen und die Gebäude zur Verfügung gestellt werden, so dass der Staat um die \$ 300.000 monatlich spart. Dies hätte schon 1992 geschehen sollen; aber weder Cavallo noch R. Fernández haben sich um den Fall gekümmert. Menem musste persönlich eingreifen.

Es handelt sich im Wesen darum, dass der Staat den Versicherungsanstalten ein Angebot macht, das sie annehmen können oder nicht. Im ersten Fall erhalten sie Bargeld und Staatspapiere, müssen sich aber verpflichten, weiter nichts mehr zu fordern; im

durch eine Gebühr auf Importe finanziert werden.

Der Kongress sprach sich jedoch dagegen aus, so dass die Kontrollunternehmen mit Budgetmitteln bezahlt werden. Das verhindert die Ausweitung des Systems auf zusätzliche Zollpartien. Ein neues Gesetzesprojekt, durch das die Gebühr eingeführt wird, wurde vor einigen Monaten ausgearbeitet, ist jedoch irgendwo liegen geblieben. Es ist unverständlich, dass die zuständigen Beamten sich nicht um diesen Fall kümmern, bringt die private Kontrolle dem Staat doch hohe zusätzliche Einnahmen.

zweiten können sie prozessieren und etliche Jahre warten, wobei es auch nicht sicher ist, dass sie dann mehr erhalten. Man kann also annehmen, dass sich alle dem Angebot anschliessen. Konkret bezieht sich das Angebot auf folgendes:

a. Das INDeR zahlt 100% des Rückversicherungsanteils der von den Gesellschaften und Genossenschaften schon auf Grund von Unfällen bezahlten Beträge.

b. Bei den Beträgen, die vom INDeR beanstandet werden, wird nur 50% bezahlt.

c. Bei den Fällen, die zum

31.3.97 der Justiz vorlagen, zahlt das INDeR 75% des Betrages, der auf die Rückversicherung entfällt. Da das INDeR seit März 1992 keine Rückversicherungsverträge mehr abgeschlossen hat, wird davon ausgegangen, dass die Fälle, die binnen fünf Jahren nicht der Justiz vorgelegt worden sind, verjährt sind.

Das Dekret bezieht sich dann auf zahlreiche Einzelheiten, wie die Berechnung der Zinsen, die Kontrolle der Gerichtsurteile und Prozesse usw. Alle Einzelprobleme, die noch auftauchen können, sind berücksichtigt worden, so dass der Liquidierung nichts im Wege steht. Die Zahlung erfolgt in bar, soweit die Mittel reichen. Der Rest wird in Wechseln auf 8 Jahre ab 15.4.98 bezahlt, die in 16 gleichen Halbjahresraten amortisiert und zu 6% jährlich auf Saldi verzinst werden. Angeblich können diese Wechsel indossiert und weitergegeben werden, was notwendig ist, wenn die Anstalten ihre Gläubiger befriedigen müssen. Die Forderungen der Versicherungsanstalten werden in privaten Kreisen auf \$ 1,2 Mrd geschätzt. Davon sollen angeblich, nach dem System des Dekretes, insgesamt \$ 700 Mio. gezahlt werden, von denen \$ 190 Mio. schon gezahlt worden sind, weitere \$ 100 in bar bezahlt werden, und für die verbleibenden \$ 400 Mio. Wechsel ausgegeben werden.

## Schwache Monetisierung Argentiniens

Nach acht Jahren Konvertibilität hat die argentinische Wirtschaft ihre Monetisierung fühlbar verbessert, gemessen am Verhältnis der Sicht- und Zinsdepositen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dieses Verhältnis erlaubt den Vergleich mit der Monetisierung anderer Länder, aus dem für Argentinien hervorgeht, dass trotz des Fortschritts immer noch ein niedriger Monetisierungsgrad ausgewiesen wird. Eigentlich sollte der Vergleich zwischen der Geldvariable M2, die ausser Bankdepositen aller Art auch den Notenumlauf einbezieht, und den Bruttotransaktionen gezogen werden, weil Geld in Gestalt von Banknoten und Depositen für Geschäfte und allerlei Zahlungen eingesetzt wird, nicht aber für die Wertschöpfung, lies Umsätze minus Einkäufe gleich BIP. Indessen hat sich der Usus in der Volkswirtschaft durchgesetzt, die Monetisierung als das Verhältnis zwischen den Depositen, gegebe-

nenfalls M2 mit Notenumlauf, und dem BIP zu messen.

Nach einer Aufstellung, die im Bulletin des Bankenverbandes ABA veröffentlicht wurde, figuriert Argentinien per Juli 1999 am unteren Ende einer Liste von 26 Ländern mit nur 25,1. Das ist die erwähnte Relation zwischen den Sichtdepositen, den Frist- und Spardepositen in Landeswährung und Auslandswährungen sowie den Regierungsdepositen zum BIP. Alle drei Größen beziehen sich auf das Bankwesen, wo die drei Depositenarten hinterlegt werden.

Die Liste umfasst hochentwickelte Länder in Nordamerika, Europa und Asien sowie Finanzzentren wie die Schweiz und Hong Kong, die fremde Depositen verwalten, und mehrere lateinamerikanische Schwellenländer. Nachfolgende Aufstellung gibt Auskunft über die Monetisierung als Verhältnis von Depositen zum BIP in abnehmenden

Grössen.

**Weltweite Monetisierung**

(in Prozenten)

Japan .....	217,6
Hong Kong .....	191,3
Schweiz .....	146,1
China .....	122,1
Portugal .....	114,7
Grossbritannien .....	114,3
Israel .....	96,3
Spanien .....	83,0
Kanada .....	75,8
Frankreich .....	71,1
Deutschland .....	64,7
Dänemark .....	61,1
Südkorea .....	59,0
Italien .....	57,3
Norwegen .....	56,4
Kolumbien .....	52,0
Ecuador .....	48,9
Chile .....	47,1
Uruguay .....	43,0
U.S.A. ....	41,0
Brasilien .....	39,3
Paraguay .....	26,4
Mexiko .....	25,4
Argentinien .....	25,4
Russland .....	20,5
Venezuela .....	19,1

In Argentinien ist der Indikator offensichtlich zu kurz gefasst. Bei rund \$ 80 Mrd. Depositen aller Art, bezogen auf ein BIP von angenommenen \$ 280 Mrd., ergibt sich eine Monetisierung von 28,5%, wodurch Argentinien zwei Stellen weiter oben figurieren müsste. Doch das ändert wenig an der Tatsache, dass sich die Depositen im Verhältnis zum BIP immer noch bescheiden ausnehmen. Die Hochinflation während fünfzehn Jahren und die abschliessende Hyperinflation vor einem Jahrzehnt wirken diesbezüglich immer noch nach. Ebenso macht sich die Tatsache bemerkbar, dass zahllose Schwarzgeschäfte zwecks Umgehung der Steuerkontrolle weitgehend mit Barzahlungen abgewickelt werden. Gleichfalls werden alle Immobiliengeschäfte und andere in Dollarnoten zu US\$ 100 abgewickelt, anstatt mit Depositenzahlungen, die Gutschriften und Belastungen von Bankkonten bewirken.

Die Sichtdepositen weisen für Argentinien in der oben angegebenen Statistik nur 3,3% aus, ungleich weniger als in den Industrieländern, zumal Japan mit bemerkenswerten 143,2%. Letzteres dürfte darauf beruhen, dass in Japan minimale Zinsen auf Spar- und Festgelder bezahlt werden,

zuweilen sogar Belastungen der Konten, so dass es gehüpft wie gesprungen ist, das Geld in den Banken auf Sicht- oder Zinskonto zu lassen.

In China dürfte ähnliches geschehen, da die Sichtdepositen bemerkenswert hoch mit 33,5% des BIP angegeben werden. Dass die USA nur mit 41,0% Monetisierungsgrad ausgewiesen werden, dürfte auf die elektronischen Zahlungen mittels Kreditkarten sowie auf der Vorliebe für Aktienkäufe anstelle von Festgeldern zurückzuführen sein.

Die argentinische Monetisierung beruht auf Zinsgeldern, die

mit 20,4% des BIP ausgewiesen werden, wogegen die Regiergungsdepositen nur 1,5% des BIP betragen. Daraus darf man ableiten, dass alle Regierungskonten denkbar niedrige Saldi ausweisen, weil der Staat in Argentinien stets kurz bei Kasse ist und gewohnheitsmässig Zahlungen aufschiebt.

Die hohen Monetisierungen Hong Kongs und der Schweiz beruhen auf Zinsgeldern von 185,0% bzw. 110,1% des BIP, die auf Vermögensverwaltungen fremder Gelder beruhen und daher den Monetisierungsgrad im Vergleich zu anderen Ländern

verzerrten.

Je länger sich in Argentinien das Vertrauen in ein solventes Bankensystem vertieft, das wiederum in die Konvertibilität eingebettet ist, desto mehr wird sich die Wirtschaft monetisieren, indem die Depositen aller Art mehr zunehmen als das BIP.

Das hilft volkswirtschaftlich der Produktivitätssteigerung, weil Zahlungen im Bankensystem effizienter als in bar sind und weil mehr Geldvermögen professioneller durch Banken verwaltet wird und die Ersparnisse rentablen Investitionen zugeführt werden.

## IWF über Provinzdefizite besorgt

Seitens des IWF wurde Vertretern der argentinischen Alianza nahegelegt, notwendige Fortschritte bei der Sanierung der Provinzfinanzen als Priorität Nummer eins einzustufen. Die diesbezügliche Besprechung wurde überraschend von den IWF-Sachbearbeitern einberufen. Auf der Tagesordnung war sie nicht vorgesehen.

Teresa Ter Minassian erklärte eindeutig, die Neuverteilung der Provinzbeteiligungen an Bundessteuern (coparticipación) werde den Provinzen Mittel entziehen und die Fachleute des IWF befürchten, dass die zunehmenden Fiskaldefizite in einigen Provinzen ausser Kontrolle geraten könnten.

Nach IWF-Schätzungen wird das Defizit der Provinzen in diesem Jahr den Rekordbetrag von US\$ 2,4 Mrd. erreichen, was das vorgesehene Haushaltsdefizit von US\$ 5,1 Mrd. um rd. 50% vergrössern wird. Am schlechtesten stehe in der Sicht der IWF-Experten die Provinz Buenos Aires da, deren Defizit dieses Jahres mit US\$ 1,8 Mrd. angenommen wird, um US\$ 500 Mio. mehr als im Vorjahr.

Unter den IWF-Forderungen ist der wichtigste Punkt die Konsolidierung des Ergebnisses der Provinz Buenos Aires in der Rechnungslegung des Staates, wenn Graciela Fernández Meijide Gouverneurin wird. Argentinien müsse dem Beispiel Mexikos und Brasiliens folgen, die die Primärdefizite des Staates und der Provinzen gleichzeitig buchen.

Mehr noch, auf Anraten des

IWF sieht die im brasilianischen Parlament eingebrachte Gesetzesvorlage über Fiskalverantwortung, die dem argentinischen Fiskalkonvertibilitäts-Gesetz entspricht, vor, dass die Defizitgrenzen des Bundesstaates und der Gliedstaaten konsolidiert festgelegt werden.

Allianz-Wirtschaftsfachmann Bocco erwiderte, es sei derzeit unmöglich, sich zu gewissen Provinzdefiziten zu verpflichten, weil der Staat nicht über Mittel verfüge, sie zumindest kurzfristig direkt unter Kontrolle zu halten.

Ein weiteres Thema der Besprechung war die Verschuldung der Provinzen, besonders jener, die am Ende ihrer Kreditfähigkeit angelangt sind, wie Tucumán, Corrientes, Chaco und Rio Ne-

gro, die bereits praktisch alle künftigen Beteiligungen an Bundessteuern als Garantiestellung für Bank- und andere Kredite verpflichtet haben. Bocco schlug eine gemeinsame Behandlung der Finanzlage der maroden Provinzen vor. Die IWF-Vertretung war jedoch eindeutig.

Jede Provinz muss als Einzelfall behandelt werden, das dies die einzige Möglichkeit sei, ein vernünftiges Fiskalverhalten zu erreichen. Die fallweise Behandlung der Provinzschulden ist im Provinz-Bradyplan des PJ vorgesehen. Die Verschuldung der Provinzen nimmt zu und es muss angenommen werden, dass nach Jahresende weitere Provinzen von den Kapitalmärkten ausgeschlossen sein werden.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinssätze für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche bei den wichtigsten Banken für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 5,4% auf 534,40, der Burcapindex um 2,8% auf 940,89 und der Börsenindex um 2,6% auf 19.884,76.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 6,4% auf \$ 0,7290.**

\*\*\*

**Die Firma Metrovías, die die Untergrundbahnen von Buenos Aires und die Urquiza-Vorortseisenbahn betreibt (Gruppe Roggio) hat motorisierte Untergrundbahnwagen für US\$ 160 Mio. bei der Alstom-Filiale in Brasilien bestellt.**

Ursprünglich war dieser Kauf für das Jahr 2008 vorgesehen: aber der neu ausgehandelte Vertrag sieht die Vorverlegung auf das Jahr 2001 vor. Diese Waggons sollen für die A-Linie eingesetzt werden (Plaza de Mayo nach Caballito), die umgebaut wird. Sollten die entsprechenden Arbeiten nicht fertig sein, so werden die Waggons für die Linien C (Retiro-Constitución) und D (Catedral-Juramento) eingesetzt.

\*\*\*

**Die panamenische Fluglinie Copa, von der kürzlich die US-Linie Continental 49% erworben hat, beginnt am 15.11 mit 4 Wochenflügen zwischen Panama und Buenos Aires.** Zum Einsatz kommen die neu erworbenen Boeing 737-700. Ab Oktober soll auch Taca, Nicaragua, über ihre Tochtergesellschaft Taca Perú die Flüge zwischen Buenos Aires und Lima aufnehmen, die durch die Dienstleistung von Aeroperu aus-

# Die Wirtschaftspolitik der Parteien

Die argentinisch-deutsche Industrie- und Handelskammer hatte für den 30. September im Hotel Intercontinental Mitglieder und Gäste aufgefordert, an einem Mittagessen teilzunehmen, bei dem Dr. Roberto T. Alemann über die Wirtschaftspolitik der politischen Parteien referieren würde. Rund 300 Teilnehmer sassen in Anwesenheit des deutschen Botschafters Dr. Adolf von Wagner an zahlreichen runden Tischen, als sie vom Vizepräsidenten der Kammer, Klaus Krüger, begrüßt wurden, der den Referenten kurz vorstellte.

Dr. Alemann skizzierte auf Grund von Parteiprogrammen, Erklärungen der drei Hauptkandidaten Fernando de la Rúa für die Allianz, Eduardo Duhalde für die Justizialistische Partei und Domingo Cavallo für die Aktion für die Republik sowie Äusserungen ihrer Sprecher und Mitarbeiter die Gemeinsamkeiten und Differenzen der wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

Gemeinsam ist der Einsatz zugunsten der Konvertibilität, die mit dem Verbot einhergeht, Geldschöpfungen zu betreiben. Der argentinische Peso sei mit dem Dollar von Hong Kong, beide eingebettet in Konversionskassen, die einzige Währung der Welt, die in acht Jahren keine Abwertung gegenüber den drei internationalen Währungen Dollar, Deutsche Mark, jetzt Euro, und Yen erfahren habe. Lediglich Cavallo habe in Aussicht gestellt, dass der Peso gegebenenfalls aufgewertet werden könne, wofür freilich die Staatskonten ausgeglichen werden müssen.

Die Wirtschaftsöffnung, der Mercosur als unvollständige Zollunion, die Deregulierungen und die Ablehnung der Agrarsubventionen in Übersee stellen ebenfalls gemeinsame Postulate der drei Kandidaten dar. Die Privatisierungen werden auch honoriert. Lediglich hinsichtlich der Überwachung meinen Allianz-Sprecher, dass mehr dereguliert werden solle, wogegen Justizialisten für ein neues Überwachungsorgan eintreten, das die bestehenden Ämter leiten soll.

In der Fiskalpolitik stellte der Referent Differenzen fest. Duhalde plädiert für die sofortige Verdoppelung der Mindestrenten sowie für ein Gehalt für Hausfrauen und für Zinssubventionen. Die Allianz empfiehlt ebenfalls die Anhebung der Mindestrenten, aber unter der Auflage echter Finanzierungen. Diesbezüglich haben sich de la Rúa und neuerdings sein Mitarbeiter Adalberto Rodríguez Givarini für die Abschaffung der Höchstgrenze von \$ 4.800 Monatsgehalt zwecks Sozialabgaben eingesetzt, was etwa \$ 850 Mio. im Jahr einbringen würde, aber die Arbeitskosten durch die Beiträge der Unternehmer und das Zwangssparen durch die Abgaben der Mitarbeiter anheben würde. Duhalde plädiert zudem für eine sofortige Senkung der Mehrwertsteuer von 21% auf 15%, was möglicherweise \$ 6,5 Mrd. an Einnahmen

gestaltet, die durch andere Steuereinnahmen und bessere Eintreibung wettgemacht werden sollen, wogegen die Allianz Stellung bezieht. Cavallo will das Steuersystem vereinfachen, indem die Gewinn- und Mehrwertsteuern ohne Freigrenzen den erwarteten Ausgleich für die Abschaffung mehrerer Steuern erbringen, wobei als Übergang die Verschuldung anzuhäufen ist.

Die Dollarisierung wird von José Luis Machinea, Sprecher der Allianz, abgelehnt, der hingegen für normale Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds einsteht, mit dem die Allianz gegebenenfalls ein neues dreijähriges Beistandsprogramm aushandeln will. Duhalde zeigt Bedenken gegenüber dem Fonds, ebenso Cavallo, der dem Fonds sein Programm vorlegen will, ohne darüber zu verhandeln.

Zum leidigen Thema der Arbeitsflexibilisierung erwähnte Alemann den Vorschlag Machineas, die Probezeit ohne Entlassungsentschädigung von jetzt 30 auf 180 Tage zu verlängern und einjährige Arbeitsverträge auch ohne Entlassungsentschädigungen zuzulassen, wobei allenfalls die Sozialbeiträge zu leisten seien.

In einem regen Frage- und Antwortspiel nach dem Referat behandelte Alemann Zweifel über Machinea, dem Auslandsbeobachter die Mitverantwortung an der Hyperinflation vor zehn Jahren ankreiden, wobei er meinte, dass Machinea sicherlich aus der damaligen Politik gelernt habe. Die mögliche Pesoabwertung lehnte Alemann rundweg ab. Sie werde seit acht Jahren immer wieder von Nationalökonomern im Ausland hochgespielt, die offenbar nicht wissen, dass Konversionskassen nicht abwerten, weil sie kein Geld schöpfen wie beispielsweise die Zentralbanken Mexikos 1994 und Brasiliens 1998, als beiden als Folge von massiven Geldschöpfungen die Devisenreserven abgenommen wurden. Die angebliche Überbewertung des Peso, die einer jüngsten Studie der Weltbank zugeschrieben wird, beruhe auf vergleichenden Statistiken der Konsumentenpreise, wogegen die Tatsachen, dass Argentinien die Exporte verdreifachen und den Anteil der Industrieexporte gleichzeitig um 50% anheben konnte, dagegen sprechen. Die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation, die Ende November in Seattle anlaufen, versprechen harte Auseinandersetzungen, weil Europa nicht bereit erscheint, den Agrarprotektionismus abzubauen, so dass im Gegenzug keine Zollsenkungen in Argentinien anfallen werden. In Europa wird neuerdings zugunsten organischer Nahrungsmittel plädiert, aber gleichzeitig argentinisches Rindfleisch nur spärlich zugelassen, das organisch wächst, weil die Rinder grasen, ihr Gewicht nicht mit Hormonen künstlich erhöht wird, und das Fleisch besonders schmackhaft und billig sei.

gefallen sind.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung gab bei der IWF-Versammlung den Beginn der Unterbringung der Bonds bis U\$S 1,5 Mrd. mit Weltbankgarantie bekannt.** Das kann den Spread für argentinische Schuldscheine von 9% auf 3% verringern. Die Unterbringung eines grossen Betrages nach einer längeren Zeitspanne bedeutet für Argentinien die Normalisierung seiner Beziehungen zum internationalen Kreditwesen. Sie wird mit Investment grade benotet und erfolgt auf 6 Jahre.

\*\*\*

**Die zuständige Überwachungsbehörde hat die Stromverteilungsunternehmen Edenor, Edesur und Edelap ermächtigt, von Endverbrauchern, die nach dem 2. Zahlungstermin säumig sind, eine Busse von \$ 2 zu erheben.** Im Wiederholungsfall können weitere \$ 2 aufgeschlagen werden.

\*\*\*

**Das Wasserwerk Aguas Argentinas hat eine Tranche von U\$S 156 Mio. von einem Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) von insgesamt U\$S 300 Mio. erhalten.**

\*\*\*

**Die US-Hotelkette Days Inn erichtet, mit der Finanzierung von U\$S 12 Mio. der South Invest Equi-**

**ty Manager, an der Jorge Macri, ein Neffe von Francisco Macri, beteiligt ist, je ein 4sterne Hotel für Geschäftsleute in Pilar und Zárate.** Holiday Inn plant in Argentinien in den nächsten 4 Jahren insgesamt 52 Hotels im Franchisingbetrieb, die eine Gesamtinvestition von U\$S 280 Mio. erfordern.

\*\*\*

**Die von Lorenzo Miguel geführte Metallarbeitergewerkschaft UOM hat bei Arbeitsministerium die Einleitung von Verhandlungen beantragt, um Gewerkschaftspersonal zu entlassen und beim verbleibenden Gehaltskürzungen zu vereinbaren.** Rund 10 Mitarbeitern der Gewerkschaft wurde bereits gekündigt. Der Antrag stützt sich auf ein Arbeitsgesetz aus dem Jahr 1991, das um Krisen vorzubeugen, Verhandlungen vor Suspendierungen, Entlassungen, Gehaltsverringeringen oder Änderungen der Kollektivverträge vorsieht. Die Gewerkschaft und ihr Sozialwerk kämpfen mit einem Defizit von \$ 56 Mio. im Jahr. Es ist nicht klar, ob das Arbeitsministerium befugt ist, dem Ansuchen stattzugeben, da eine Gewerkschaft nicht einem handelsüblichen Unternehmen gleichgestellt werden kann.

\*\*\*

**Repsol-YPF gab bekannt, dass sie bis 2003 den Vertrieb von Erd-**

**gas, das sie von Dritten bezieht, schrittweise einstellen wird.** Damit soll die eingegangene Verpflichtung, 35% Marktanteil nicht zu überschreiten, erfüllt werden. Aus eigener Förderung bedient Repsol-YPF 33% des Gasmarktes von 133 Mio. cbm/Tag. Bestehende Verträge mit anderen Unternehmen erhöhen den Anteil auf 55%. Ausserdem werde Repsol-YPF den Preis des in den Austral- und Neuquénbecken geförderten Erdgases ab Oktober um 3% senken.

\*\*\*

**Vorläufige Ergebnisse der Ständigen Ermittlung über Arbeitslosigkeit bei Haushalten, die Wirtschaftsminister Fernández in Washington bekanntgab, ergeben für August wieder 14,5% der Erwerbsbevölkerung, wie im Mai.** Es werden nur jene Arbeitslosen berücksichtigt, die Arbeit suchen. Das Ergebnis liegt um 1,2% über jenem des gleichen Vorjahresmonates.

\*\*\*

**Seit die Banco de la Nación im Februar mit dem Plan zur Umstrukturierung der Schulden kleiner und mittlerer Unternehmen begann, haben sich erst 3.000 Kunden mit Zahlungsverzügen von rd. \$ 200 Mio. eingetragten.** Der Plan war für 16.000 Kunden mit überfälligen Schulden von \$ 800 Mio. vorgesehen. Umgeschuldet konnten Beträge

von \$ 10.000 bis \$ 150.000 werden, indem ein Bond auf 20 Jahre mit fallenden Zinssätzen, vorgesehen war.

\*\*\*

**Das CEI Citicorp Holding verkauft der late Construcciones, die das Kohlebergwerk der ehemaligen Yacimientos Carboníferos Fiscales ausbeutet, das Hüttenwerk Aceros Zapla, in Palpalá, Jujuy, für U\$S 1 und die Übernahme von Schulden von etwa U\$S 7 Mio.** Wie an der Börse mitgeteilt wurde, werden Zapla Holdings SA und Aceros Zapla SA übertragen und Zapla Forestal behalten. Das von Fabricaciones Militares gegründete Werk beschäftigte bis zu 5.000 Menschen und wurde 1992 privatisiert. Derzeit beschäftigt es 1.250 Personen, die jetzt um 30% verringert werden sollen.

\*\*\*

**Das Arbeitsministerium bestimmt \$ 26 Mio. um 54.000 arbeitslosen Frauen befristete Beschäftigungen bei Gemeinschaftsdiensten zu beschaffen.** Ein Teil der Mittel stammt aus dem Plan Trabajar III. Während bei Gemeinschaftsdiensten Monatsgehälter von \$ 160 bezahlt werden, werden die Arbeitskräfte \$ 200 im Monat erhalten. Für Arbeitsbeschaffungen in der Privatwirtschaft sind \$ 5 Mio. vorgesehen, um Sozialbeiträge der Arbeitgeber im Baugewerbe rückzuerstatten.

## Schmuggelklage gegen Macri

Gegen den Unternehmer Francisco Macri, als Vorsitzender der Socma-Gruppe, läuft ein Prozess wegen mutmasslichen Schmuggels, wie bei Gericht bekanntgegeben wurde. Gleichzeitig wurden Mauricio Macri und der ehemalige Vorsitzende des Industriellenverbandes UIA, Jorge Blanco Villegas, wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Aus gleicher Quelle verlautete, dass gegen Francisco Macri keine Untersuchungshaft beantragt, jedoch die Pfändung seiner Güter für \$ 4,9 Mio. verfügt wurde. Das Urteil erstreckt sich auf weitere drei Vorstandsmitglieder von Sevel: Santos de Nadai, Alfredo Marengi und Domenico Ferrari.

Das Kfz-Unternehmen Sevel soll Ausfuhren nach Uruguay durchgeführt haben, für die es Rückvergütungen erhielt und anschliessend die gleichen Fahrzeuge über das System kompensierter Einfuhren mit Vorzugszöllen wieder ins Land gebracht haben. Rückvergütungen sind jedoch prinzipiell nur zulässig, wenn es sich um einen endgültigen Export handelt. Die angebliche Täuschung soll 1993 durchgeführt worden sein und jener ähneln, die dem damaligen Lizenzträger von Renault, Ciadea, und ihrem Vorsitzenden, Manuel Antelo, zur Last gelegt wurde. Die diesbezügliche Klage endete in einem Freispruch.

Der Richter erster Instanz hatte Macri ebenfalls freigesprochen. In zweiter Instanz wurde das Urteil jedoch rückgängig gemacht. Jorge Aguado, Socma-Direktor für institutionelle Beziehungen erklärte auf Anfrage, man habe keine gerichtliche Zustellung erhalten und sei über die Nachricht überrascht. Jedenfalls habe Sevel die damaligen Geschäfte im Rahmen des Cauce (Convenio Argentino-Uruguayo de Complementación Económica) benannten Abkommens durchgeführt. Die Geschäfte wurden von den argentinischen Zollbehörden ausdrücklich genehmigt.

\*\*\*

**Nach dreimonatigen Verhandlungen haben brasilianische und argentinische Vertreter der Schuhindustrie in Montevideo vereinbart, dass bis Jahresende 1,7 Mio. Paar brasilianischen Schuhwerks nach Argentinien geliefert werden.** Im ganzen Jahr sollen es 11 Mio. sein, vorwiegend Sandalen und Badeschlappen, soviel wie im Vorjahr. Bei argentinischen Gesamtlieferungen nach Brasilien für US\$ 8 Mrd. handelt es sich um eine Differenz von etwa US\$ 3 Mio. zugunsten Brasiliens.

\*\*\*

**Industrieseekretär Guadagni hat im Wirtschaftsministerium eine Vorlage eingebracht, derzufolge ein Billigwagen entwickelt werden soll.** Sicherheitsvorschriften wie verstärkte Seitenteile, ein Motor argentinischer Fertigung und strenge Umweltauflagen sind Bedingung. Firmen die den Pkw herstellen, erhalten \$ 2.500 Subvention pro Einheit und müssen ihn für rd. \$ 9.000 verkaufen.

\*\*\*

**General Motors schliesst das Werk in Santa Isabel, Córdoba, und verlegt die Fertigung in die 1997 errichtete neue Fabrik bei Rosario.**

\*\*\*

**Das US-Konfektionsunternehmen VF Corporation, das hier die Marken Wrangler und Lee (Jeans usw.) besitzt, hat das Mehrheitspaket der Norte Indumentaria erworben, die Besitzerin der Marke UFO ist. Der neue Firmennamen ist VF Argentina.**

\*\*\*

**Papelera Tucumán, die dem PJ Abgeordneten A. Pierri gehört, gab an der Börse bekannt, dass sie die erste Amortisationsrate von \$ 3,75 Mio. ihrer Obligationen in Ermangelung der notwendigen Mittel**

**nicht bezahlen kann.** Der Vorsitzende Lisandro Pierri, Sohn des Abgeordneten, erklärte, die Fälligkeit wurde umgeschuldet. Für den 22.10 wurde eine Versammlung der Inhaber von Obligationen einberufen, um die Bedingungen zu ändern. Die 1. Tranche der Obligationen betrage US\$ 15 Mio., die Gesamtausgabe bis zu US\$ 50 Mio. Pierri erklärte, das Unternehmen werde zahlen und der Versammlung werde eine Zahlung durch Neuausgaben auf 2 Jahre vorgeschlagen.

\*\*\*

**Die von Cargill und Molinos Rio de la Plata gebildete Firma Triguilla hat die Tätigkeit ihrer Weizenmühlen in Marcos Juárez und Laboulaye, Provinz Córdoba, eingestellt.** Die Entfernung der Mühlen von ihren Abnehmern machte sie unwirtschaftlich. Die Schliessung erfolgt wenige Monate nach der Übernahme von 65% der Mehlabteilung von Molinos durch Cargill für rd. US\$ 30 Mio.

\*\*\*

**Die Fiel Stiftung gab ihren endgültigen Industrie-Produktionsindex (IPI) für August bekannt.** Die Produktion nahm gegenüber dem Vormonat um 3,6% zu, gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 7,1% ab. Der Vorjahresvergleich der ersten 8 Monate ergibt ein Minus von 11,5%, bei Abnahme des Unterschiedes in den letzten Monaten. Für das Quartal Juni-August beträgt der Rückgang im Vorjahresvergleich 11%.

\*\*\*

**Dem Verband der Kfz-Konzessionäre A.C.A.R.A. zufolge ist September der erste Monat des Jahres, in dem mehr Kfz als im gleichen Vorjahresmonat zugelassen wurden.** Die 40.300 Septembertilassungen liegen um 0,68% über jenen des gleichen Vorjahresmonates und um 11% über jenen des Vormonates. Ursache

## Die Fusionskontrolle

Das geänderte Konkurrenzschutzgesetz, das die vorhergehende Bewilligung von Firmenfusionen und -käufen vorschreibt, ist in Kraft getreten. Geschäftshandlungen dieser Art, die US\$ 200 Mio. überschreiten, müssen von einem Sondergericht genehmigt worden sein. Bis dieses gebildet wird, ist für die Bewilligungen die Staatliche Verbraucherschutz-Kommission zuständig, einer dezentralisierten Körperschaft, die vom Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau abhängt.

Das Gesetz, Nr. 25.156, betrifft alle Unternehmen die mindestens US\$ 200 Mio. im Inland oder US\$ 2,5 Mrd. weltweit umsetzen. Das Sondergericht muss die entsprechenden Ansuchen prüfen und sich innerhalb von 45 Tagen äussern. Nach dieser Frist sind die Geschäfte automatisch bewilligt.

Das Gesetz verbietet und bestraft alle Handlungen die bei Waren- und/oder Dienstleistungsangeboten zum Ziel haben, dass Konkurrenz oder Marktzugang eingeschränkt, behindert, verfälscht oder verzerrt werden oder den Missbrauch einer Vormachtstellung an einem Markt bedeutet, derart, dass das allgemeine wirtschaftliche Interesse in Mitleidenschaft gezogen werden kann.

Die Käufe oder Fusionen müssen dem Sondergericht zur Prüfung vorgelegt werden, vor, oder spätestens eine Woche nach Abschluss des Abkommens, der Veröffentlichung des Kauf- oder Tauschangebotes oder des Erwerbs einer Kontrollbeteiligung. Die Frist beginnt mit der jeweils ersten dieser Handlungen.

Wenn die Wirtschaftskonzentration Unternehmen oder Personen betrifft, deren Tätigkeit durch den Staat geregelt ist, muss das Sondergericht bei diesem einen Bericht und Meinungsäusserung über die Auswirkungen anfordern, die das in Frage kommende Geschäft auf die Konkurrenzlage auf dem Markt und die Erfüllung der bestehenden Vorschriften haben wird.

\*\*\*

sei der Kfz-Verschrottungsplan.

\*\*\*

**Nachdem der Allianz-Wirtschaftler Arnaldo Bocco (der vom Frepaso stammt) in Washington erklärte, die Provinz Buenos Aires werde dieses Jahr mit einem Defizit von \$ 1,8 Mrd. abschliessen, antwortete der Wirtschaftsminister der Provinz, Jorge Sarghini, dahingehend, dass die Fiskaleinnahmen der Provinz (einschliesslich der Beteiligung an den nationalen Steuern) dieses Jahr \$ 9,72 Mrd. erreichen werden, was \$ 300 Mio. weniger als im Budget veranschlagt sei. Die Ausgaben würden \$ 10,81 Mrd. erreichen, auch \$ 300 Mio. weniger als veranschlagt. Die Differenz werden mit einer Finanzierung von \$ 1,1 Mrd. gedeckt.** Nun stellt diese Finanzierung, die die Provinzschuld erhöht, gemäss den Kriterien der öffentlichen Buchführung, eben das Defizit dar. Sarghini wies darauf hin, dass die Provinz 8 Jahre lang eine straffe Budgetdisziplin gehabt und die Provinzschuld sogar abgebaut habe. Die Schuld betrage gegenwärtig insgesamt \$ 1,8 Mrd., was 1,3% der Schuld des Nationalstaates und 1,8% des provinziellen BIP darstelle. 1992 betrug die Schuld \$ 2,5 Mrd., und stellte 4,5% des provinziellen BIP dar.

\*\*\*

**Roemmers, der grösste argentinische Pharmahersteller am Platz, hat 44% von Gador, dem 9. grössten, erworben.** Das Aktienpaket wurde von einem Minderheitspartner verkauft. Der Preis wurde nicht genannt. Roemmers und Gador gehörten mit Bagó, Casasco, Novartis und Bayer, dem Pharma Star Vertriebssystem an. Der Umsatz von Roemmers mit Medikamenten würde dadurch von etwa \$ 300 Mio. auf \$ 400 Mio. im Jahr steigen.

\*\*\*

**Unternehmen Argentiniens und Brasiliens haben ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge Brasilien bis Jahresende 5.000 t Papier pro Monat liefern wird.** Wenn die argentinischen Einfuhrbewilligungen abgeschafft werden, soll das Abkommen im Jahr 2000 in Kraft bleiben. Damit hätten die argentinischen Papierfabriken erreicht, dass jährlich nur 60.000 t brasilianisches Druck- und Schreibpapier aus Brasilien kommen. Das Abkommen bezieht sich weder auf Karton, noch auf andere Papiersorten.

\*\*\*

**Die Schaffung einer neuen Staategruppe, die G-20, aus den 7 reichen, USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Kanada und Italien, (zu denen auch die Schweiz kommt) Argentinien, Brasilien und Mexiko (Lateinamerika), die Türkei und Russland (Europa), China, Indien und Südkorea (Asien), Südafrika (in Vertretung des Kontinents), Saudi Arabien (grösster Erdölproduzent), ferner Australien und anderen, könnte unerwünschte Folgen haben.** Während die Mitglieder zu bedeutungsvoll wären, um fallengelassen zu werden, könnte die Kreditwürdigkeit kleiner bzw. wirtschaftlich schwacher Staaten beeinträchtigt werden.

\*\*\*

**Einem Rechtspruch zufolge muss sich die Regierung enthalten den Vertrag über den Kauf von 16 Radaranlagen für US\$ 185,3 Mio. zu unterzeichnen oder zuzuschlagen.** Zwei ausländische Konkurrenten hatten gegen den Zuschlag an die Northrop Gruman, USA und Alenia, Italien, den Rechtsweg beschritten. Die Anlagen sollen zur Kontrolle der Drogenbeförderung mit kleinen Flugzeugen und der Sicherung der Zi-

## Der Umschuldungsbond für Pymes

Das Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über den Umschuldungsbond für kleine und mittlere Unternehmen, im Kürzel Pymes, verabschiedet. Die vom Senat gemachten Änderungen wurden abgelehnt, so dass das Gesetz kaum den gewünschten Erfolg haben wird. Kleine und mittlere Unternehmen, die bei Privatbanken verschuldet sind und sich in Finanzschwierigkeiten befinden, werden andere Wege finden müssen, um ihr Problem zu lösen.

Das Gesetz bestimmt folgenden Vorgang:

- Die kleinen und mittleren Unternehmen können ihre Schulden in 15 oder 20 Jahren abzahlen. Zur Garantiestellung der Zahlungen wird der Pyme-Bond geschaffen. Die Schuldner können ihn zu einem sehr niedrigen Preis erwerben (etwa \$ 10 für je \$ 100 Schulden).

- Der Bond wird durch seine Zinsen aufgewertet. In 15 oder 20 Jahren wird durch diese Aufwertung das Kapital rückerstattet.

- Bis zur Fälligkeit des Bond zahlt der Schuldner nur die Zinsen seiner Schuld.

- Da die Schuldner ihre Kreditwürdigkeit durch den Vorgang bereinigt haben, sind sie befähigt, neue Kredite aufzunehmen.

In der vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Fassung des Gesetzes heisst es jedoch, dass die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Schuld derart umstrukturieren können. Das heisst im Klartext, dass die Gläubigerbanken das letzte Wort haben.

villuffahrt eingesetzt werden.

\*\*\*

**Unterstaatssekretär Kiguel treibt in Boston und New York die Unterbringung des Bonds für US\$ 1,5 Mrd. voran.** Die beauftragten Banken sind JP Morgan und Goldman Sachs.

\*\*\*

**V. Tanzi, Steuerfachmann des IWF, hat geraten, die Dieselsteuer anzuheben um die Einnahmen zu verbessern und die Steuerhinterziehung auszugleichen.** Auch soll das steuerfreie Minimum für die Einkommensteuer gesenkt werden. Jeder Arbeitnehmer, der mehr als 500 Pesos im Monat verdient, müsste Einkommensteuer bezahlen.

\*\*\*

**Dem Monatsbericht des Statistisches Indec über Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen ist zu entnehmen, dass diese im August um 4,4% über August 1998 lag. 1999 ist es der erste Vorjahresvergleich eines Monats mit Zunahme.** Die ersten 8 Monate 1999 weisen im Vorjahresvergleich 6,7% Zunahme aus. Im Vormonatvergleich beträgt die Augustzunahme saisonbereinigt 1,4% und ohne Saisonbereinigung 0,7%. Im Vorjahresvergleich nahmen die Stromlieferungen um 5,5% zu, Gasförderung 14,7%, Trinkwasser ging um 1,2% zurück, Zellulartelefonie legte 21,2% zu, Ortsgespräche über Festanschlüsse gingen um 0,7% zurück. Lokalgespräche legten 10,7% zu, Ferngespräche aus dem Ausland gingen um 13,2% zurück, jene ins Ausland um 1,8%. Die Zahl der Kfz an Bundesautstrassen ging um 4,8% zurück, in der Provinz Buenos Aires um 10,2%. Der Eisenbahn-Frachtverkehr büsste 11,8% ein, die Binnenflugfrachten legten 14,6% zu, die Auslands-Flugfrachten schrumpften 8,6%. Die Eisenbahnen hatten im Vorstadtverkehr um 1,8% weniger Fahrgäste, im Lokalverkehr um 14,2% weniger. Die U-Bahnen beförderten um 2,7% mehr Fahrgäste, die Stadt- und Vorstadtbusse um 5,1%

weniger. Die Zahl der Fluggäste nahm bei Binnenflügen um 4,8% zu und bei Auslandsflügen um 1,2% ab.

\*\*\*

**Nach letzten Angaben der Wirtschaftsführung nahmen die Anlagen argentinischer Sparer im Ausland zwischen Juni 1998 und Juni 1999 um US\$ 5 Mrd. zu und werden nun mit US\$ 85,6 Mrd. beziffert.** Im gleichen Zeitraum stiegen die Anlagen in anderen Staaten Ansässiger um 10% auf US\$ 22,4 Mrd. und die Investitionen argentinischer Anleger in Unternehmen im Ausland um 22% auf US\$ 11,36 Mrd.

\*\*\*

**Für das Finanzpolster der nächsten Regierung wurden die ersten US\$ 245 Mio. durch Unterbringung eines Wechsel-Bonds auf 21 Monate zu 11,47% Jahreszins besorgt.** Es

ist der niedrigste Satz der letzten 4 Ausschreibungen, 152 Basispunkte unter Anfang September. Unter den zeichnenden Banken waren Francés US\$ 101 Mio., Nazionale di Lavoro US\$ 70 Mio., Rio 40 Mio. und General de Negocios US\$ 10 Mio. Ausserdem wurde ein Angebot der Banco de la Nación von US\$ 20 Mio. angenommen, die allgemein nicht an diesen Geschäften teilnimmt und nicht zu den marktbildenden Banken gehört.

\*\*\*

**Die Strombehörde Enre hat den Beschluss 1019/99 vorübergehend aufgehoben, der Bussen von \$ 2, Stromsperrn und Garantiehinterlegungen für säumige Strombezieher regelt.** Die Bedenken der Verbraucherschutzverbände und mehrerer Gesetzgeber müssten geprüft werden

\*\*\*

**Ermittlungen des Handels- und Industrie sekretariates bei 92 Zapfstellen im Raum Gross Buenos Aires ergaben bei Superbenzin Preisunterschiede von bis zu 15% und bei Dieselöl bis zu 23%.** Im Zeitraum Juni-September wurden bei Superbenzin Preiserhöhungen von bis zu 2,24%, bei Dieselöl von bis zu 1,86% festgestellt.

\*\*\*

**Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hat US\$ 140 Mio. Kredit auf 20 Jahre mit 4 Jahren Karenz zu 6,84% in Jahr, zur Stützung technischer Neuerungen in Unternehmen gewährt.** Besonders soch die Technologie-Ausstattung kleiner und mittelständischer Unternehmen und Mangelbereiche, jede mit technischen Rückständen wie Forstwirtschaft und Hochseefischerei, begünstigt werden.

\*\*\*

**Durch Gesetz 25.160 (Amtsblatt vom 1.10.99) wurde die Atomenergiekommission CNEA autorisiert, die Entwicklung und den Bau eines neuen Prototyps eines Reaktors von niedriger Potenz für die Stromerzeugung in Angriff zu nehmen.** Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf \$ 132 Mio., von denen \$ 7,1 Mio. auf das Jahr 1999, \$ 34,81 Mio. auf das Jahr 2000 und der Rest auf die folgenden Jahre entfallen.

\*\*\*

**Für Telefongespräche von einem festen Telefon an ein Mobiltelefon, die zwischen 22 Uhr und 8 Uhr morgens, sowie an Wochenenden ab 13 Uhr des Samstags und am Sonntag und an Feiertagen, erfolgen, wurde ein neuer verringerter Tarif von 20 Centavos plus MWSt. pro Minute festgesetzt.** Im April war der Tarif auf 35 Centavos plus MWSt. festgelegt worden.

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	1997	1998
Okt.	49.164.356	85.852.765
Nov.	20.748.776	96.961.488
Dez.	38.371.827	41.960.030
1998		
1999		
Feb.	21.525.670	26.357.337
März	83.737.695	65.728.180
Apr.	207.403.411	121.580.546
Mai	52.516.568	179.126.403
Juni	107.698.425	41.909.811
Juli	22.915.851	3.849.203
Aug.	37.593.175	67.863.370
Sep.	37.996.1555	35.575.111

## Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	12.8.99	13.8.99	23.8.99	30.8.99	6.9.99	13.9.99	20.9.99	27.9.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,79	24,46	24,27	23,25	24,12	22,98	23,53	23,66
Staatspapiere	1,55	1,55	1,57	1,60	1,60	1,63	1,56	1,52
Internat. Reserven ZB	26,35	26,01	25,84	24,85	25,72	24,61	25,09	25,18
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,26	7,38	7,11	6,87	7,02	7,80	7,55	8,03
Währungsreserven des Finanzsystems	33,61	33,40	32,95	31,72	32,74	32,41	32,64	33,21
Notenumlauf	15,30	15,00	14,46	14,25	14,83	14,64	14,20	13,83
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,10	0,12	0,01	0,01	0,04	0,11	0,12	0,01
Monetäre Passiven	15,40	15,12	14,47	14,26	14,87	14,76	14,32	13,83
Nettosaldo Swaps	9,43	9,35	9,81	9,00	9,20	8,17	9,12	9,67
Depositen der Regierung	1,26	1,38	0,43	0,39	1,07	1,40	1,32	1,66
Finanzpassiven	24,82	24,47	24,28	23,26	24,07	22,93	23,44	23,50
Quelle: Zentralbank								